

STICH

9. JAHRGANG
1/91
MÄRZ 1991

10

MACHT

der Pharmamultis in den neuen Bundesländern, analysiert von Gerd Glaeske.

7

BAYER

gegen die streikende Belegschaft in Lima, berichtet von Katharina Müller.



4

GIFTGAS

gestern und heute, in und aus Deutschland, dokumentiert von Karl Otto Henseling.

WORT

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern.

BAYER:

"Kompetenz und Verantwortung"

(Werbeslogan BAYER 1990)

Kompetenz in:

- chemischen Kampfstoffen
- Agrargiften
- Prozessen gegen Kritikerinnen
- Zerschlagung von Gewerkschaften

Verantwortung für:

- Mord an der Nordsee
- Verseuchung des Trinkwassers
- Durchpeitschen des Gentechnikgesetzes
- Deponien voller Sondermüll

Sprechen Sie sich gegen diese Art von Kompetenz und Verantwortung aus!

Deshalb:

übertragen Sie uns das Stimmrecht an Ihren BAYER-Aktien!

DIE KRITISCHEN BAYER-AKTIONÄRE

HOFSTR. 27A
5650 SOLINGEN 11
0212 - 33 49 54

Weitere Informationen können Sie gerne bei uns anfordern.

STICHWORT INHALT**Berichte:**

● Golfkrieg: Chemische Kampfstoffe in und aus Deutschland

SEITE 4

● Peru: Streik gegen Hungerlöhne und Rationalisierung bei BAYER INDUSTRIAL

SEITE 7

● Peru: BAYER und korrupte Richter in Peru

SEITE 8

● Brasilien: Nationales Treffen von Chemiegewerkschaftern

SEITE 9

● Ex-DDR: 55 Prozent – Die Macht der Pharmakonzerne

SEITE 10

● Ex-DDR: Versuchsnotstand – Pharmaversuche in der DDR

SEITE 11

Schlaglichter:

Kurzmeldungen über den BAYER-Konzern

SEITE 12

Berichte:

● Pharma: Glucobay: Nutzlos, gefährlich und störend

SEITE 14

● Pharma: Pflegenotstand dank BAYER-BKK

SEITE 16

Service

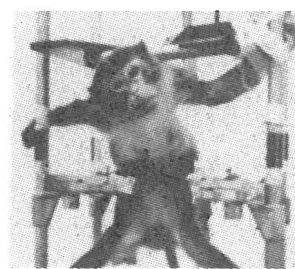
● Buchbesprechung: Pharmawerbung – Bilderbuch einer Drogenideologie

SEITE 16

Berichte:

● Tierversuche: Allmählich verringern, aber niemals abschaffen. Eine Streitschrift von Bernhard Rambeck

SEITE 17



● Tierversuche: "... das Herz herausgeschnitten"

Protokoll aus dem BAYER-Versuchsalldag

SEITE 18

● Tierversuche: Schreckensbilanz der Pharmaindustrie

SEITE 19

● BAYER-MANAGER bei der Treuhand

SEITE 20

● Ökonomie:

Mit dem Dollar auf Du

SEITE 20

● Ökonomie: Klagen ohne zu leiden, BAYER-Geschäftsbericht für die ersten neun Monate 1990

SEITE 21

● Altlasten: Sondermüll in Bürrig einfach zuschütten? – Dementi zur Sanierung der Dhünaue

SEITE 21

● Störfälle: Schwarzer Donnerstag in Leverkusen

SEITE 22

● Kunststoffe: 25 Jahre Polyurethan-Grundstoff aus Uerdingen

SEITE 22

● Abfall: Kompakrdeponie: Unsere Enkel werden es und danken.

SEITE 22

● Störfälle: Nasse Tücher vor den Mund halten!

SEITE 23

● Ex-DDR: BAYER-Manager bei der Treuhand

SEITE 24

● Imperium: HÜLS und STOCKHAUSEN wechseln zwischen BAYER und VEBA

SEITE 24

● Gesellschaft: Medienschelte

SEITE 24

STICHWORT IMPRESSUM

STICHWORT – Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemie-konzern. 9. Jahrgang, Ausgabe 1/91, März 1991

Postvertriebsstück F 10848 F

Herausgeber: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG), Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER – weltweit, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11

CBG ist ein internationales Selbsthilfenetzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multikrisisbegleiters. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. ● Je ein Exemplar von **STICHWORT** wird dem Vorstand der BAYER AG, Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen in **STICHWORT** behandelten Themen Stellung zu beziehen.

Redaktion: Uwe Friedrich (uf) (verantwortlich i.S.d.P.); Henry Mathews (hm) und Hubert Ostendorf (ho); sowie: Ellen Frings (ef), Rüdiger Goizes (rg), Dieter Gremler (dg), Marc Pleitzer (mp); alle: c/o CBG, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11, 0212 - 33 49 54, FAX nach Absprache

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt, Konto Nr. 179612 BLZ 50090100;

Postgiraamt Essen, Konto Nr. 378383-439 BLZ 36010043

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1

Layout: Steffen Schaubberger, Krefeld

Satz: TEXTLINE, Oberursel

Druck: TIAMAT, Düsseldorf

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1990. Austauschanzeigen bitte der Redaktion anbieten.

Erscheinungsweise: **STICHWORT** erscheint in mindestens sechs Ausgaben pro Kalenderjahr.

Bezugspreise: Einzelheft 8,00 DM;

Abonnement 48,00 DM pro Jahr; Mitglieder der CBG erhalten **STICHWORT** im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Nachdruck: Der Nachdruck von Artikeln aus **STICHWORT** ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden!

Eigentumsverbehalt: Die Zeitschrift **STICHWORT** bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsverbehalt. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung unverzüglich zurückzusenden. ● **Haftung:** Namentlich oder als "Dokument" gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion oder des Herausgebers wieder. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge haften ausschließlich die Autorinnen selbst. ● Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in **STICHWORT** ohne gesonderten Hinweis genannt. Hieraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

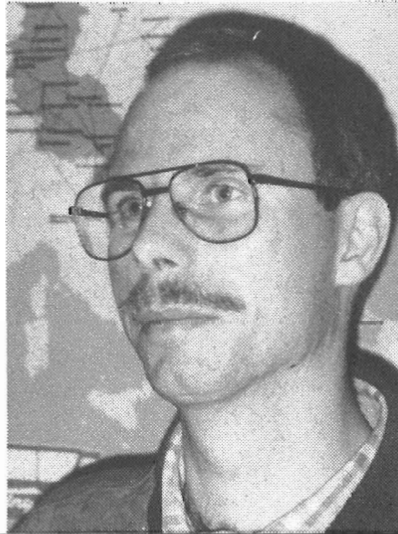
ABONNEMENT**Die neuen Abo-Preise:**

- Ermäßigtes Einzel-Abonnement (1 Exemplare pro Ausgabe) 48,00 DM pro Jahr
- Ermäßigtes Doppel-Abonnement (2 Exemplare pro Ausgabe) 70,00 DM pro Jahr
- Ermäßigtes Gruppen-Abonnement (5 Exemplare pro Ausgabe) 130,00 DM pro Jahr
- Abonnement für Journalisten, Institutionen und andere Berufstätige 100,00 DM pro Jahr
- Doppel-Abonnement für Journalisten, Institutionen u.a. (2 Exemplare pro Ausgabe) 170,00 DM pro Jahr
- Förder-Abonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) Selbstbestimmung, mindestens 100,00 DM pro Jahr

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist geschafft. **STICHWORT BAYER** erscheint mit vorliegender Ausgabe erstmals in neuem Gewand . . . und wir sind gespannt auf Ihre Reaktionen. Natürlich hoffen wir, daß alle Leserinnen und Leser das neue Konzept ebenso sehr wie uns selbst begeistert. Für Anregungen und Kritik sind wir sehr dankbar.

Neben dem neuen Gestaltungskonzept verfolgen wir auch eine inhaltliche Weiterentwicklung: **STICHWORT BAYER** wird sich noch weiter von einem reinen Informationsdienst der knappen Fakten zu einer Zeitschrift wandeln, die mehr Platz für Hintergrund-Berichterstattung, eigene Reportagen, Kommentare und Stellungnahmen läßt. Informative Kurzmeldungen allerdings sollen damit nicht verschwinden. Sie werden nur **übersichtlicher dargeboten** (Rubrik »Schlaglichter«). Zusätzlich wollen wir vermehrt **Fremdautorinnen** für Fachartikel **oder** Stellungnahmen gewinnen. Den Beginn macht in dieser Ausgabe zum Beispiel Gerd Glaeske. Er beschreibt die erpresserischen Methoden, mit denen BAYER, entgegen ursprünglicher Regelung im Einigungsvertrag, Hochpreispolitik in



UWE FRIEDRICH

den neuen Bundesländern durchgesetzt hat. Karl Otto Henseling liefert die grausige Entwicklungschronik von BAYER-Kampfstoffen, deren Generica die Welt angesichts des Golfkrieges in Atem halten.

STICHWORT BAYER ist mithin vielfältiger, attraktiver und zugleich politisch noch wirksamer. Wendet es sich doch nun an einen noch größeren Kreis von Aktiven und LeserInnen. Die **professionellere Arbeit hat** allerdings auch ihre **Kehrseite**: Seit **Anbeginn** war das **STICHWORT BAYER** ein **Zuschußgeschäft**, **finanzierbar** nur mit Unterstützung von dritter Seite. Die neue Konzeption soll über **Auflagensteigerung** mittelfristig die **Kostendeckung** bewirken. Eine **Ertragsanalyse** externer Gutachter hält dies für **realistisch**. **Zusätzliche Anfangsverluste** waren und sind **eingepplant**. Sie sollten ursprünglich u.a. über eine **Beschussung** durch den **Ökofonds**

der Grünen abgedeckt werden. Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 2. Dezember hat uns allerdings einen endgültigen Strich durch die Rechnung gemacht. Zugute kommt uns lediglich, daß **STICHWORT BAYER** nach langem Bemühen in den Postzeitungsdienst aufgenommen wurde. Dies hat deutliche **Kostenminderungen** zur Folge und macht uns Mut, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Dennoch war eine Anhebung der Abonnement-Gebühren nach Jahren konstanter Preise unumgänglich. Am **24.11.1990** beschloß die Mitgliederversammlung der **Coordination** gegen BAYER-Gefahren, das Einzel-Abonnement auf **48,00 DM** pro Jahr, das Gruppen-Abo auf **130,00 DM** und das Abonnement für Journalisten, Institutionen u.a. Berufstätige auf **100,00 DM** anzuheben. Wir glauben, daß diese Maßnahmen durch **ansprechendere Gestaltung** und **attraktiveren Inhalt** »**wettgemacht**« werden. Daß Sie uns die **Treue halten** und wir **brisantere Informationen** auch in den **Neunzigern** publizieren können, wünscht uns, Ihnen und

Uwe Friedrich

BAYER

Chemische Kampfstoffe in und aus Deutschland

Hintergründe von Karl Otto Henseling

Der Krieg am Golf hat die chemische Industrie zur Stellungnahme herausgefordert. Beim traditionellen Januar-Pressegespräch des VCI am 23.1.91 stellte dessen Präsident, der BAYER-Chef Hermann J. Strenger, klar: »Lassen Sie mich an dieser Stelle im Hinblick auf den Irak-Konflikt noch einmal in aller Deutlichkeit unseren Standpunkt zum Thema chemische Kampfstoffe bekräftigen: Die deutsche chemische Industrie beteiligt sich weltweit weder an der Produktion von chemischen Kampfstoffen, noch liefert sie Ausgangsstoffe für die Giftgasherstellung.« – Wir wollen es hoffen.

Strenger behauptete weiter: »Unsere Branche hat sich stets nachhaltig für ein weltweites Verbot chemischer Waffen eingesetzt.« Diese Behauptung steht allerdings in eklatantem Widerspruch zur tatsächlichen Bedeutung der Chemiewaffenproduktion in der Geschichte der Branche und speziell des von Strenger regierten BAYER-Konzerns.

Die Geschichte begann damit, daß zu Beginn des Ersten Weltkrieges in Deutschland zwei ziemlich unterschiedliche Probleme zusammenkamen:

1. Das Militär hatte in seiner Blitzkriegseuphorie nicht hinreichend auf den Nachschub an Sprengstoffen und Munition geachtet. Die begrenzten Salpeterreserven drohten bald erschöpft zu sein und der Krieg drohte an Munitionsmangel zu scheitern.

2. Die chemische Industrie hatte Probleme, das bei der Natronlaugeherstellung in großer Menge anfallende Kuppelprodukt Chlor loszuwerden. Neue Verwendungsmöglichkeiten für Chlor wurden gesucht, »um der sich stark fühlbar machenden Überproduktion an Chlor zu begegnen.« (Ulmanns Enzyklopädie 1916)

Beide Probleme wurden von dem geradezu fanatischer Verfechter des

Gaskrieges, Fritz Haber, einer scheinbar idealen Lösung zugeführt: Am 22. April 1915 wurden aus 5.000 heimlich an die Front geschafften Strahlzylindern insgesamt 180 Tonnen Chlor mit Unterstützung des Windes in Richtung auf die französischen Schützengräben abgeblasen. Der Schriftsteller Conan Doyle beschrieb diesen historischen Beginn des Gaskrieges so: »Die französischen Truppen beobachteten über die Brustwehr ihrer Gräben hinweg diese merkwürdige Wolke, die sie wenigstens für kürzere Zeit gegen das feindliche Feuer schützte; da sah man plötzlich, wie sie die Arme in die Luft warfen, die Hände um den Hals legten und sich dann am Boden wälzten, eine Beute des grausamen Erstickens.« (nach Brauch 1982). Als sich die gelblichgrüne Giftwolke wieder verzogen hatte, lagen 15.000 englische und französische Soldaten mit verätzten Bronchien



IMPERIUM

BAYER am Golf

Kurz vor Ausbruch des Golfkriegs hat der BAYER-Konzern im Dezember 1990 eine eigene Vertretung in den Vereinigten Arabischen Emiraten eröffnet. Die BAYER INTERNATIONAL SERVICE GmbH, DUBAI BRANCH soll von ihrem Sitz in Dubai aus Vertriebs- und Beratungsaufgaben aller BAYER-Geschäftsbereiche in der Golfregion übernehmen. ●

und Lungen auf dem Schlachtfeld. 5.000 von ihnen überlebten die Vergiftung nicht.

Als noch wirkungsvoller erwies sich das Reaktionsprodukt von Chlor mit Kohlenmonoxid, das Phosgen, dessen Wirkung Hugo Stoltzenberg, Assistent Fritz Habers, so beschrieb: »Die Einatmung verdünnten Phosgens geht anfangs fast ohne Beschwerden vor sich. Die Schädigungen treten erst allmählich auf. Das Phosgen spaltet beim Zusammentreffen mit Blut- und Gewebsflüssigkeit Salzsäure ab, welche die feinen Zwischenwände im Inneren der Lunge zerstört. So läuft die Lunge allmählich mit Blutserum voll (...) 3,5 mg führen, in einer Minute eingeatmet, zum Tode. Aus dem soeben Geschilderten geht hervor, daß das Phosgen einen ausgezeichneten Offensivkampfstoff darstellt.« (nach Naumann 1979)

Diese »ausgezeichneten« Eigenschaften des Phosgens wurden sehr zum Leidwesen der Gaskriegsstrategen durch die Erfindung der Gasmaske relativiert. Nach deren Einführung konnten die Soldaten, selber leidlich geschützt, die fürchterliche Wirkung des Gaskrieges auf die Tier- und Pflanzenwelt beobachten.

Da die Giftgasstrategen nicht Pflanzen oder Tiere, sondern Menschen töten wollten, suchten sie nach einem Kampfstoff, gegen den die Gasmasken keinen sicheren Schutz mehr bieten konnten. Ein solcher Kampfstoff wurde von den Chemikern Lommel und Steinkopf entwickelt und von BAYER produziert. Nach den Anfangsbuchstaben der Entdeckernamen wurde der Stoff Lost genannt. Andere Bezeichnungen für diesen Kampfstoff, der vom Irak seit Jahren gegen die kurdische Minderheit im eigenen Land und im Krieg gegen den Iran eingesetzt wurde, sind Senfgas oder Yperit. Lost, ein fast geruchloser Stoff, der sich durch sein gutes Durchdringungsvermögen durch Kleider, Schuhe und andere Materialien auszeichnet, wirkt nicht nur eingeatmet, son-

den auch durch bloßen Hautkontakt. Erst nach Stunden setzt die Wirkung ein: Brechreiz, Augenentzündungen, Hustenreiz, und Heiserkeit, Juckreiz, Hautrötung und Blasenbildung insbesondere an den Händen und Armen. Der Tod tritt meist erst zwischen der ersten und vierten Woche nach der Vergiftung ein. Die Bilder wie verbrannt aussehender Giftgasopfer sind uns mittlerweile aus dem Fernsehen hinreichend bekannt.

Die Kampfstoffproduktion verschaffte der chemischen Industrie während des Ersten Weltkrieges gute Gewinne und eine erhebliche Erleichterung hinsichtlich ihrer schwer verwertbaren Chlorüberschüsse. Die Gesamtmenge der während des Ersten Weltkrieges in Deutschland hergestellten chemischen Kampfstoffe liegt mit etwa 105.000 Tonnen in der gleichen Größenordnung wie die Weltproduktion an elektrolytisch erzeugtem Chlor im Jahr 1913 mit etwa 125.000 Tonnen.

Nach dem Krieg wollte die chemische Industrie von diesem Produktionszweig zunächst nichts mehr wissen, um ihre ohnehin angeschlagene Stellung auf dem Weltmarkt nicht noch durch das anrüchige Image der Giftgasproduktion weiter zu beeinträchtigen. Für die Verwertung der lästigen Chlorüberschüsse wurden andere Wege gesucht und gefunden, beispielsweise zur Herstellung von Lösungsmitteln (Tetra, Tri, Per) oder PVC.

Die chemische Großindustrie, genauer der IG-FARBEN-Konzern lies sich erst in den dreißiger Jahren wieder auf die Entwicklung und Herstellung chemischer Kampfstoffe ein. Den Giftgasfreunden unter den Strategen, die Hitlers Krieg vorbereiteten, reichten die Eigenschaften der Kampfstoffe des Ersten Weltkrieges nicht aus. Gegen Phosgen konnten sich die gegnerischen Truppen durch Gasmasken schützen und Lost wirkte erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Gefragt war ein Kampfstoff, der schneller und möglichst in noch geringeren Mengen wirkte. Er wurde in den Nervenkampfstoffen Tabun und Sarin gefunden.

Otto Köhler beschreibt die Entdeckung des Tabun durch Gerhard Schrader, einem Chemiker der IG FARBEN, so: »Einen Tag vor Weihnachten 1936 (...) machte der damals 33jäh-

rige Forscher eine schöne Entdeckung. Er besprühte einige Blattläuse mit einer Chemikalie in der Konzentration 1:200.000. Fein, sie waren sofort tot. Zum Heiligabend machte er eine noch tollere Entdeckung: Seine Augen versagten, und Luft bekam er nur noch schwer. Er und seine Mitarbeiter, denen es nicht anders ging, mußten die Arbeit einstellen. Doch sie überlebten (...). Sie hatten durch den Blattlaustod den ungeheuer wirksamen Nervenkampfstoff Tabun entdeckt.« (nach Köhler 1986) Im Mai

»Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung beim Beauftragten für den Vierjahresplan«, im Sommer 1938 einen Plan zur chemischen Aufrüstung vor, der allein für die Herstellung von Lost einen Kapazitätsausbau von damals 700 Monatstonnen (moto) auf 9.300 moto und bis 1945 sogar auf 19.300 moto vorsah. Ab April 1942 sollte in der IG-FARBEN-Fabrik in Dyhernfurth die Produktion von 6000 moto Tabun anlaufen. Dieses Ziel wurde allerdings nie erreicht.

Produktion der wichtigsten Kampfstoffe in Deutschland 1914-1918 (Patze 1986, Noris 1919)

Substanz	Produzent	Prod.-Beginn	Gesamtmenge (Tonnen)
Chlor	BASF/BAYER	vor 1914	27.600
Phosgen	BASF/BAYER	vor 1914	11.100
Diphosgen	BAYER/ML&B	Juni 1915	15.600
Lost	BAYER	Juni 1917	44.800
Chlorpikrin	BAYER	Juni 1916	6.000

ML&B = Meister, Lucius & Brüning, später Farbwerke Hoechst.

1937 wurde der Reichswehr das erste Kilo dieses Nervenkampfstoffes, der in geringsten Mengen über die Haut oder die Armungsorgane aufgenommen tödlich wirkt, zur Verfügung gestellt. Die Wirkung tritt fast sofort ein, der Tod oft schon nach 10 Minuten.

In dieser Zeit hatte die IG ihre Zurückhaltung gegenüber der Giftgasproduktion bereits aufgegeben. Auf Anregung Görings legte Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG Farben und

Das ungeheure Giftgasarsenal, das im Zweiten Weltkrieg angehäuft wurde, kam nicht zum militärischen Einsatz. Auf alten Fabrik- oder Militärgrundstücken vergessen, nordürftig verscharrt oder in Gewässern versenkt ist dieses Zeug heute eine immer noch gefährliche Hypothek aus gerne verdrängten Zeiten deutscher Vergangenheit.

Nach dem zweiten verlorenen Krieg verlor die Chemieindustrie wieder das Interesse am tödlichen Geschäft. Nun waren Geschäftseinbußen, vor allem im Export, durch ein Giftmischerimage wieder höher einzuschätzen als Gewinne durch die Kampfstoffproduktion, die von den Alliierten ohnehin verboten worden war. Gerhard Schrader widmete sich in der BAYER-Pflanzenschutzforschung bis 1967 ganz der Vernichtung tierischer und pflanzlicher Schädlinge. Ganz wurde er seine Vergangenheit nicht los. Am 26. Juni 1961 wurde Schrader und Mitarbeitern für die BAYER AG in den USA unter der Nummer 301 4943 ein Patent erteilt, das den Schutz für »neue und nützli-

STANDORTE

Angst in Dormagen

In der Dormagener Bevölkerung macht sich seit Beginn des Golfkriegs vermehrt die Angst vor einer Chemiekatastrophe breit. Wie eine Umfrage der Neuss-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) ergab, fürchten sich jetzt viele Einwohner vor den Folgen eines Terroranschlags auf das BAYER-Werk in ihrer Stadt. ●

che Phosphonsäurederivate und ein Verfahren für ihre Herstellung“ beinhaltet. Zu den hiermit patentrechtlich geschützten Stoffen gehören solche, die in den USA als Kampfstoffe einer neuen Klasse von Nervengasen, den V-Stoffen, produziert wurden. Auch wenn BAYER in seiner kriegsbedingten Kampfstoffaversion diese Anwendungsmöglichkeit ihres Patents übersehen haben sollte, die Lizenzgebühren für die US-Produktion von mehr als 6000 Tonnen VX in den sechziger Jahren standen dem Konzern ei-

gentlich zu. Ob dieses Geld schamhaft eingesteckt oder entrüstet zurückgewiesen wurde, ist nicht bekannt. Ein großer Teil der amerikanischen VX-Produktion und anderer Kampfstoffe wurde in Form von Bomben und Granaten in Lager in der Bundesrepublik gebracht. Im vergangenen Jahr sind diese Chemiewaffen endlich unter großem Sicherheitsaufwand zur hoffentlich gründlichen und unfallfreien Vernichtung wieder abgezogen worden.

Die enge chemische Verwandtschaft zwischen Pestizid- und Kampfstoffchemie brachte BAYER erst kürzlich wieder Ärger: Der Verdacht, eine 1987 an den Iran gelieferte »Pflanzenschutz-Formulierungsanlage« könne auch zur Herstellung von Chemiewaffen verwendet werden, rief sogar den Staatsanwalt auf den Plan. Die bei der Durchsuchung von BAYER-Geschäftsräumen in Leverkusen, Dormagen und Monheim gefundenen Unterlagen überzeugten Gutachter und Staatsanwalt, daß in der Anlage »chemische Kampfstoffe weder bearbeitet noch hergestellt werden könnten«.

In der eingangs zitierten Absage des VCI an die Kampfstoffchemie bedauerte H.J. Strenger, »daß man sich gegen kriminelle Machenschaften nicht hundertprozentig schützen könne.« Leider fühlt sich ausgerechnet BAYER offenbar wenig berufen, zu einem besseren Schutz gegen kriminelle Giftgas-Geschäfte beizutragen. Die Ermittler, die gegen die Firma Karl Kolb GmbH wegen des dringenden Verdachts der Lieferung einer Giftgasanlage an Irak ermitteln, fühlen sich jedenfalls im Stich gelassen. Ein Chemiegutachter des BAYER-Konzerns, von dem man sich genaueren Aufschluß über die wirklichen Eigenschaften der deutschen Irak-Lieferungen versprochen hatte, sprang plötzlich wieder ab (Die Zeit vom 25.1.91). ●

Literatur:

Anonymus: Die Tiere im Gaskrieg. In: Zeitschrift für das gesamte Abdeckereiwesen. Offizielles Organ des Vereins der königlich preussischen privilegierten Abdeckereibesitzer 11 (1917), 13f;
 Brauch, H.G.: Der chemische Alptraum. Berlin – Bonn 1982;
 Köhler, O.: (...) und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben und ihrer Väter. Hamburg 1986;
 Kunz, R. und R.-D. Müller: Giftgas gegen Abd el Krim. Deutschland, Spanien und der Gaskrieg in Spanisch-Marokko 1922 – 1927. Freiburg 1990
 Meilensteine. 125 Jahre BAYER. Leverkusen 1988;
 Naumann, M.: Ein Leben für den Tod – Ultragifte für jedermann: Dr. Hugo Stoltzenberg. Die Zeit vom 28.9.1979 (Nr.40/1979);
 Noris, J.F.: The manufacture of wargases in Germany. The Journal of Industrial and Engineering Chemistry 11 (1919), H.9, 817-29;
 Patze, B.: Im Frieden der Menschheit, im Kriege dem Vaterland. 75 Jahre Fritz-Haber-Institut. Wechselwirkung Nr.31, 8 (1986), 44-48;
 Ullmanns Enzyklopädie der technischen Chemie, 3. Band, Berlin/Wien 1916



UMWELTZEITUNG:

8. Jahrgang

UWZ: 8.(1) Mai 1990

Umwelt und Gesellschaft

- Synthese oder Antagonismus? Agrarökosysteme am Beispiel des nicaraguanischen "tropico-seco"

UWZ: 8.(2) Juni 1990

Biologischer Pflanzenschutz

Bacillus thuringiensis (B.t.): Entwicklung einer Technologie für die Produktion von B.t. in Nicaragua

UWZ: 8.(3) September 1990

Modernisierung am Ende?

Rural-ökologische Entwicklung durch Agrarreform und Umweltpolitik

UWZ: 8.(4) Dezember 1990

Um Welt: Ökologie

- Über Menschen und Ökosysteme -

Nicht vergessen!

Abo '91

Vier neue Umweltzeitungen 1991

5, - DM pro Einzelheft

20, - DM im Jahresabo

20, - + viele DM als Gönner-Abo

UWZ/VFLU

Langgasse 24 / H

D - 6200 Wiesbaden - 1

0611 / 37 03 71

Streik gegen Hungerlöhne und Rationalisierung bei BAYER INDUSTRIAL

Bericht von Katharina Müller
aus Lima

»Unsere einzige Alternative: der unbefristete Generalstreik«, heißt es im neuesten Flugblatt der Betriebsgewerkschaft im Dralonwerk BAYER INDUSTRIAL in Lima. Seit dem 15. Februar um 17.00 Uhr stehen in der peruanischen Filiale des bundesdeutschen BAYER-Konzerns alle Räder still. Mit einer Streikbeteiligung von 99,2% und der Bereitschaft, trotz der sehr engen Finanzlage nötigenfalls mehrere Wochen durchzuhalten, bringen die 486 ArbeiterInnen zum Ausdruck, daß das Maß jetzt endgültig voll ist.

Bereits im zurückliegenden Jahr hatte es immer wieder Arbeitskonflikte gegeben. Der bundesdeutsche Chemiemulti weigerte sich systematisch, die mit der Gewerkschaft vereinbarten Abkommen, die in Peru Gesetzeskraft haben, einzuhalten. So wurden beispielsweise periodische Inflationsausgleichszahlungen mit großer Verspätung geleistet. Bei fast ausnahmslos zwei- bis dreistelligen monatlichen Inflationsraten im letzten Jahr sind diese Zahlungen eine bittere Notwendigkeit.

Bei der zum 1.1.91 beginnenden jährlichen Tarifrunde erreichte die Dreistigkeit des für seine Rekordgewinne bekannten Konzerns seinen vorläufigen Höhepunkt: Trotz einer Inflation von 7469% im Jahr 1990 und den daraus resultierenden katastrophalen Reallohnseinbußen legte das Unternehmen zu Beginn der Tarifverhandlungen keinen Lohnerhöhungsvorschlag vor. Vielmehr weigerte sich die Geschäftsführung, dieses Thema überhaupt zu diskutieren, bevor die Gewerkschaft nicht der Entlassung von 100 bis 180 festangestellten KollegInnen zustimme, sowie »freiwillig«

auf erkämpfte, tarifvertraglich verankerte Rechte verzichte. Letzteres betraf z.B. den Personaltransport, die Aushändigung von Milch und die Zuschüsse zum Kauf von Medikamenten. Mit notariellen Schreiben an die Gewerkschafter verleiht die Geschäftsleitung ihren Forderungen derzeit Nachdruck.

»Dies werden wir ArbeiterInnen nie zulassen, denn es handelt sich um die Ergebnisse von 20 Jahren Kampf«, schreibt die Gewerkschaft, »Umstände wie diese hat es in der langen Geschichte der Tarifverhandlungen noch nie gegeben.« Als »arrogant« und »zynisch« wird die Verhandlungsführung des Unternehmens in den 20 Tagen der Tarifrunde bezeichnet.

Als ein 72stündiger Warnstreik vom 6. bis 9. Februar kein Ergebnis zeitigte, entschloß sich die Betriebsgewerkschaft zum Ausruf des unbefristeten Generalstreiks. Eigentlich lassen die Folgen der IWF-Regierungspolitik der letzten sechs Monate zusammen mit den unzureichenden Nominallohnerhöhungen bei BAYER einen länger anhaltenden Lohnausfall in der jetzigen Situation nicht zu. Es geht aber um das Überleben in den nächsten 12 Monaten.

Mit durchschnittlich 130 Millionen Intis pro Monat können die ArbeiterInnen augenblicklich nur 55 % des von renommierten sozialwissenschaftlichen Instituten ermittelten Grundwarentkorbs abdecken. Der zu verzeichnende Kaufkraftverlust beträgt sogar 65 %. Um das Reallohniveau bei Abschluß des letzten Tarifvertrags im Januar 1990 zu halten, müßte BAYER den Beschäftigten somit jetzt 370 Millionen zahlen.

Der jetzige Monatslohn entspricht ca. 240 US-\$. Bei einem chronisch unterbewerteten Dollar vermittelt dieser Bezug jedoch noch ein erheblich beschönigtes Bild. Im O-Ton der Betroffenen: »Die Kaufkraft der ArbeiterInnen hat sich auf wirklich alarmierende Niveaus reduziert, und wir leben verzweifelt, weil wir zuhause nicht einmal die grundlegendsten Bedürfnisse befriedigen können.«

In offensichtlicher Reaktion auf die Arbeitskämpfmaßnahmen ließ die

INFLACION 1990

Enero	29.8%
Febrero	30.5%
Marzo	32.6%
Abril	37.3%
Mayo	32.8%
Junio	42.6%
Julio	63.2%
Agosto (*)	397.0%
Setiembre	13.8%
Octubre	9.6%
Noviembre	5.9%
Diciembre	23.7%

(*) Comienza gobierno de Fujimori

DIE PERUANISCHE JAHRESINFLATION LAG 1990 BEI 7649 PROZENT. DIESER IMMENSEN RATE WIRD EINE NEUE REGELUNG GERECHT, NACH DER IN PERU SEIT DEM 1.1.91 MILLIONENBETRÄGE MIT NUR ZWEI DEZIMALZAHLEN GESCHRIEBEN WERDEN. EINE NEUE ABKÜRZUNG WEIST AUF DIE GEÄNDERTE SCHREIBWEISE HIN: STATT Z.B. 1/.23.450.000 HEISST ES JETZT 1/.m.23.45.

Geschäftsführung jetzt ein Flugblatt verteilen, in dem eine »kritische Unternehmenssituation« beschworen wird, um so »die Reduktion der Belegschaft und die temporäre Suspendierung bzw. teilweise Modifizierung einiger Sozialleistungen« zu rechtfertigen. Das »Überleben« des Unternehmens sollen die ArbeiterInnen so sichern helfen, falls sie sich denn von dem ergreifenden Appell angesprochen fühlen.

»Eins ist sicher: Das Unternehmen wird durch die beabsichtigte Umstrukturierung seines Produktionsapparates die Ausbeutung und das Elend der ArbeiterInnen und ihrer Familien weiter verschärfen« kontert die Gewerkschaft und verweist darauf, daß die Fabrik bei voller Kapazitätsauslastung und 100igem Absatz der Produkte arbeite.

Befürchtet wird vor allem, die Geschäftsführung von BAYER INDUSTRIAL könnte reagieren, wie beim letzten längeren Streik 1987: mit selektiven Entlassungen unliebsamer GewerkschaftsführerInnen wegen »ungerechtfertigter Fehlzeiten«. Auch Massenentlassungen sind denkbar. Bislang forciert die Unternehmenslei-

tung nur ein Programm zur »freiwilligen« Arbeitsplatzaufgabe gegen Abfindungszahlungen. Internationale Solidarität ist jetzt gefragt.

Katharina Müller ist Mitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren und studiert z.Zt. in Lima.

BAYER und korrupte Richter in Peru

Die zweite Instanz des Arbeitsgerichtes in Lima hob zum Jahreswechsel die erst wenige Wochen zuvor gefällten Urteile gegen BAYER INDUSTRIAL auf. Die Firma war darin ver-

pflichtet worden, entlassene Arbeiter wieder einzustellen, da die Entlassungen rechtswidrig seien. Die Umstände der zweitinstanzlichen Entscheidung lassen Vermutungen über Unregelmäßigkeiten in der peruanischen Justiz laut werden.

Am 28. Dezember wurden Román Vilchez, José Nunez, Alfredo Cadenas und Valeris Sosa vom Tribunal de Trabajo die zweit- und damit letztinstanzlichen Urteile ausgehändigt, die ihre Entlassungen für rechtmäßig erklären.

Der Verteidiger der Arbeiter, Dr. Jesús Alarcón, hält indes die identischen Urteilsbegründungen für »mangelhaft«. Das Tribunal habe analoge Fälle von Entlassungen in peruanischen Textilunternehmen nicht berücksichtigt, die zugunsten der ArbeiterInnen ausgefallen waren, und berufe sich auf einen nur vorläufigen Bericht der staatlichen Krankenversicherung IPSS.

Informierte Kreise der Justiz halten das juristisch mangelhafte Urteil für das Ergebnis einer extralegalen Verpflichtung des Tribunals. Gerüchte entstanden insbesondere um einen beteiligten Richter und um den von BAYER beauftragten Anwalt, der ausgezeichnete Kontakte innerhalb der Arbeitsjustiz besitzen soll. Vermutungen in diese Richtung erhalten Nahrung durch die Tatsache, daß BAYER keinen Vertreter zum einzigen Verhandlungstermin am 11. Dezember entsendet hat, der allein durch die Berufungsanträge des Unternehmens zustande gekommen war. Auch die IPSS, deren Stellungnahme in den Verhandlungen großes Gewicht hatte, gilt allgemein als korrupt.

CONTRASTE

Den Weltkrieg verhindern – aber wie? Beiträge von Kurt Regenauer, Dresden; Angelika Koch, Lernwerkstatt Niederstadtfeld; Verbraucherinitiative Bonn und ein Interview mit drei irakischen Oppositionellen **Kommune aufbauen – vom Kibbuz lernen** Fritz Vilmar: Theorie und Praxis alternativer Lebensgemeinschaften... **Haben die Ökofonds noch eine Zukunft?** Arnd Grever: Neukonzeption der außerparlamentarischen Arbeit... **Vernetzung ist die Basis der Selbstverwaltung** Zeitgemäßes über den Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen... **Computer als spirituelle Wesen** Mit High-Tech zum planetarischen Bewußtsein... **»Gespräche über Bäume« mit Joseph Beuys** ...eine Rezension u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus!
JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift:

6 DM in Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Gaisbergstr. 97, Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1

2/91

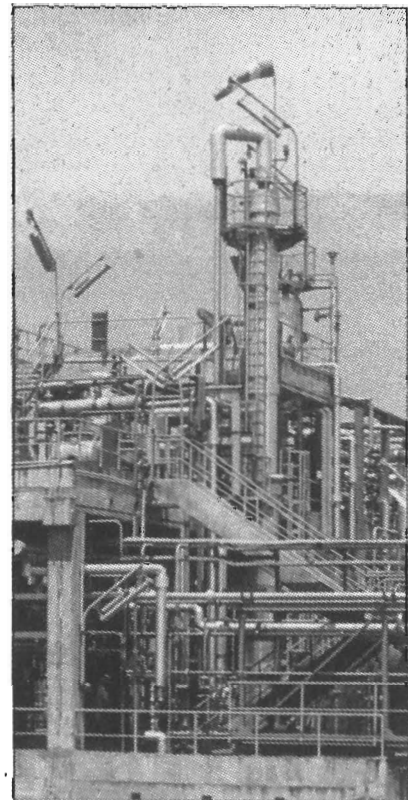
Verteidiger Alarcón kündigte eine Verfassungsbeschwerde gegen die Urteile an, die seiner Ansicht nach gegen drei Verfassungsartikel verstößen. Während dieses mindestens weitere vier Monate in Anspruch nehmenden Verfahrens befinden sich die Entlassenen weiterhin in einer prekären sozialen Lage. Ihre noch bei BAYER INDUSTRIAL beschäftigten KollegInnen unterstützen sie mit geringen Solidaritätszahlungen.

BAYER hatte im August und September 1989 insgesamt 21 Arbeiter ihrer Dralon-Fabrik mit der Begründung auf die Straße gesetzt, sie hätten ärztliche Atteste gefälscht. Nur acht der Entlassenen besaßen das Standvermögen, ein Jahr lang auf die Verhandlung ihrer Klagen vor dem Arbeitsgericht zu warten. Die fünf im September 1990 gefällten erstinstanzlichen Urteile erklärten die Entlassungen übereinstimmend für rechtswidrig, da den Arbeitern keine Verfehlungen nachgewiesen wurden. Die von BAYER umgehend eingereichten Berufungsanträge führten nun zur Überprüfung der Urteile vor dem **Tribunal de Trabajo**, der zweiten und letzten Instanz der peruanischen Arbeitsgerichtsbarkeit. hm

Nationales Treffen von Chemiegewerkschaftern

Vom 10. bis 13. Januar fand in Sao Paulo das erste Treffen von CUT-Gewerkschaftern der brasilianischen Niederlassungen der drei deutschen Chemiemultis BASF, Bayer und Hoechst sowie deren Töchter statt. Ziel dieses Kongresses war die Koordination der Aktivitäten der Gewerkschaftsgruppen an den verschiedenen Standorten in Brasilien.

Teilnehmer war auch Reinhard Reibsch als Vertreter der IG Chemie, der dort erklärte, daß die IG Chemie mit der CUT zusammenarbeiten werde. Dies ist nicht so selbstverständlich, wie man annehmen könnte, da die CUT erklärtermaßen eine sozialistische Gewerkschaft ist. Die Ausführungen des Kollegen Reibsch darüber, daß der sozialistische Ansatz als gescheitert angesehen werden müsse, hat dementsprechend bei den meisten Teilnehmern des Kongresses Befremden ausgelöst. ●



BRASILIAN



DER CARTOON AUS DEM INFORMATIONSDIENST »CATALIZADOR« DER BRASILIANISCHEN GEWERKSCHAFT CUT IST EINE REAKTION AUF DIE ENTLASSUNG VON 250 BESCHÄFTIGTEN BEI BAYER DO BRASIL.

1. »Natureza« bei BAYER: »Ich verstehe meine Kollegen nicht...«

2. »Viele Fabriken zahlen die Löhne nicht. Sie nehmen Masseneinstellungen und wollen die Löhne trotzdem weiter senken.«
3. »Die Arbeitgeber profitieren von dieser Situation, und wie reagieren meine Kollegen?«
4. »Sie meinen, daß wir noch mehr Opfer bringen sollen, daß wir den Boden ablecken müssen, daß wir

das vom Teufel geknetete Brot essen müssen.« »Aber, Natureza, wats ist denn?«

5. »Statt hier rumzujammern: Warum kommst Du nicht mit uns zur Gewerkschaftsversammlung, um den Protest gegen die Entlassungen mit zu organisieren?«

STICHWORT 1/91

55 Prozent – Die Macht der Pharmakonzerne

Eine Analyse von Gerd Glaeske.

Die Euphorie der Pharma-Konzerne über die weiten Ostgebiete Europas, die es nach der Vereinigung beider Deutschlands mit westdeutschen Pharmaprodukten zu beglücken galt, war groß. Sie war so überschwenglich, daß schon bald nach der Grenzöffnung begonnen wurde, 100.000fach Proben unserer angeblich unentbehrlich vielen Arzneimittel in das Gebiet der ehemaligen DDR zu transportieren, unentgeltlich natürlich, damit die dort lebenden PatientInnen endlich und auch offiziell in den Genuß der »Apothek der Welt« kommen konnten. Der Hintergedanke bei diesem »Samaritertum«: Einmal auf Westarzneimittel eingestellte ÄrztInnen, ApothekerInnen und PatientInnen würden kaum wieder davon lassen – der Umsatz wäre garantiert.

Die neuen Märkte waren für viele Firmen auch deshalb so lukrativ, weil sie aufgrund des Gesundheitsreformgesetzes und der damit verbundenen Festbeträge kräftige Umsatzeinbußen zu verkraften hatten. So ergaben sich für die Firma BAYER nach Angaben des Wissenschaftlichen Institutes der Ortskrankenkassen zwischen Februar 1989 und April 1990 innerhalb der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) Umsatzminderungen von rund 70 Mio. DM, denen im gleichen Zeitraum Umsatzerhöhungen im festbetragsfreien Markt von rund 20 Mio. gegenüberstanden, die »Umsatzzugspferde« Adalat und Adalat retard/SL mußten deutliche Umsatzverluste bzw. Rückgänge bei Marktanteilen hinnehmen (Umsatz in der GKV 1988 noch 262,3 Mio. DM, 1989 nur noch 195,3 Mio. DM). Das patentgeschützte Folgeprodukt Corotrend, auch ein Calciumantagonist, dem vielfach ein überzeugender therapeutischer Fortschritt gegenüber Adalat, abgesprochen wird, liegt sicherlich auch wegen dieser Festbetragsentwicklung deutlich höher im Preis:

Während Nifedipin, der Wirkstoff aus dem Adalat im Durchschnitt für 1,13 DM pro Tag zu bekommen ist, kostet der neue Calciumantagonist Nitrendipin aus dem Corotrend 2,08 (Arzneiverordnungs-Report) nahezu das Doppelte. Die massive Vermarktung des neuesten Calciumantagonisten in den fünf neuen Bundesländern ließ eine gute Rendite erwarten, wo man doch wußte, daß vielen früheren DDR-Ärzten das neueste westliche Arzneimittel gerade gut genug war?

Solche Euphorien nach dem Motto »Go East« verfliegen jedoch bald, nachdem der Einigungsvertrag bekannt wurde. Der sah nämlich einen 55 %igen Abschlag für alle Arzneimittel vor, die zu Lasten der neuerrichteten gesetzlichen Krankenversicherung verschrieben werden. Aus schien's mit den Rendite-Prognosen!



»AB MORGEN WIRD KEINE RÜCKSICHT MEHR AUF DIESE INDUSTRIE GEHOMMEN«, HATTE NORBERT BLÜM UNLÄNGST NOCH DIE HEMMUNGSLÖSEN MARKTEROBERUNGSSTRATEGIEN VON BAYER UND DER GESAMTEN BRANCHE VERBAL ABGEWEHRT. DIE WIRKLICHKEIT ABER HAT IHN MITTLERWEILE LÄNGST ÜBERKOLT. EISKALT HABEN DIE PHARMARIESEN BUNDESDEUTSCHES HOCHPREISNIVEAU IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN DURCHGESETZT.

Die Pharmafirmen reagierten, keineswegs überraschend, bekanntlich mit Boykott. Schon am 14.12.1990 hatte beispielsweise die Firma SCHERING mitgeteilt, daß ein Verkauf von Arzneimitteln mit einem 55%igen Abschlag auf den Herstellerpreis »aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Wir werden direkte Bestellungen von Arzneimitteln aus den neuen Bundesländern und dem Ostteil von Berlin nicht ausführen.« Am 1.1.1991 machten schließlich nicht nur Schering, sondern auch alle anderen westlichen Pharmafirmen mit dieser Drohung ernst.

Die Abschlagsregelung sollte, wie schon erwähnt, ausschließlich für die Arzneimittelversorgung innerhalb der gesetzlichen Krankenkassen gelten. Ein verständliches Ziel: Denn die niedrigeren Löhne in den neuen Bundesländern bringen den neu aufzubauenden gesetzlichen Krankenkassen bei einem Beitragssatz von 12,8% viel zu geringe Einnahmen, um Arzneimittel oder auch andere medizinische Leistungen nach westlichem Preisniveau finanzieren zu können. Also sollte die Lösung nach dem Einigungsvertrag lauten: halbe Grundlohnsomme, halbe Arzneimittelpreise. 1989 wurden in den alten Bundesländern rund 380 DM für jeden einzelnen Versicherten für Arzneimittel ausgegeben. Hochgerechnet auf die neuen Bundesländer käme man damit nach Westpreisniveau auf 5 bis 6 Mrd. DM an Arzneimittelausgaben. Auf diese Weise wäre ein Defizit von 1,5 bis 3 Mrd. DM pro Jahr programmiert gewesen.

Bereits seit Juli 1990 steigen die Ausgaben für Medikamente sprunghaft an. Einer der Gründe: Ärzte verschreiben in den neuen Bundesländern fast nur noch westliche Präparate, die durch Werbung und Pharmaberater beim Arzt bekannt gemacht und dadurch in die Verschreibungsfeder gedrückt wurden. Die westlichen Firmen hatten ihren Markt und die Absatzchancen vorbereitet und die mar-

keting-unerfahrenen Ostfirmen an die Wand gedrückt.

Die schon gut funktionierende »Abhängigkeit« der Ärzte, Apotheker und Patienten von West-Produkten war eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit des Boykotts, vielfach auch als »räuberische Erpressung« charakterisiert. Dabei fehlte es offensichtlich nur an einigen wenigen Mitteln wie Antibiotika, Insulin und Asthma-Präparaten, auf die die Patienten – als chronisch Kranke – inzwischen eingestellt waren.

Es hatte schon monatelang Rangeleien um den 55%igen Preisabschlag gegeben. Die pharmazeutische Industrie lehnte aus unterschiedlichsten Gründen die verfügte Preisreduzierung ab. Die »alte« Bundesrepublik ist europäisches Hochpreisland und gilt als eines der letzten Paradiese der Pharmaindustrie. Die Preise gelten international als Referenzpreise. Bis heute ist die »alte« Bundesrepublik eines der wenigen europäischen Länder ohne Preiskontrollen, Preisver-

handlungen z.B. im Zusammenhang mit Positiv-Listen oder sonstige Mechanismen zur Preisbeeinflussung auf der Herstellerebene. Die seit dem 1. September 1989 eingeführten Festbeträge sind ein erster (kleiner) Versuch, in diesen Bereich Marktmacht von Seiten der Krankenversicherungen zu demonstrieren. Die Preisunterschiede im europäischen Raum sind auffällig. Ein Warenkorb mit 125 identischen Präparaten, von den gleichen Herstellern kommend, kostet in Portugal 100 Währungseinheiten, in Frankreich 111, in Großbritannien 180 und in der Bundesrepublik 239. Damit liegen die deutschen Preise mehr als doppelt so hoch wie die französischen.

Der gemeinsame europäische Markt ab dem 1.1.1993 wird derartige Unterschiede nicht mehr in dem Maße dulden. Hochpreisländer werden ihre Preise senken müssen, Niedrigpreisländer werden sie anheben dürfen.

Versuchsnotstand

Die in den alten Bundesländern eher löstigen, als tatsächlich eine angestrebte Zulassung im Ernstfall verhindernden Vorschriften des Bundesgesundheitsamtes (BGA) erschienen den BAYER-Pharma-Forschern wohl immer noch zu restriktiv. Deshalb warben sie sich ein flächendeckendes Netz an Kliniken in der ehemaligen DDR an, die gegen harte Valuta und Reisen ins Ausland die kritischen Substanzen aus den Laboratorien an Menschen versuchten. Darunter die nebenwirkungsträchtigen, heute immerhin die BGA-Zulassung tragenden Präparate CIPROBAY und GLUCOBAY. Besonders perfide, ein Test in der Ost-Berliner Zentralklinik für Psychiatrie und Neurologie. Dem Kundigen geradezu abwäglich erscheinen muß die Idee, NIMODIPIN, eine Substanz zur Behandlung von Herz-Kreislauferkrankungen und Bluthochdruck, könne das Delirium von Alkoholkern mildern. Heute ist Chefarzt Rainer Gold heilfroh, daß nichts Ernsthaftes passiert ist. Gegen den Vorwurf der »schmutzigen Geschäfte« verwehrt sich die angegriffene Industrie unter-

dessen vehement. Wenn ihr Zentralorgan, der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI), einwirft, es habe sich in der DDR um international übliches Vorgehen gehandelt, die Probanden seien gegen Risiken abgesichert und ihr schriftliches Einverständnis zu den Versuchen verlangt worden, wird allenfalls deutlich, daß im ehemals sozialistischen Landesteil verfahren worden ist, wie in 40 anderen Ländern eben auch, wie die Pharmalobby selbst findet. Hier liegt der eigentliche Skandal. Denn in der Tat: Die inkriminierten, z. T. sehr gefährlichen Substanzen, sind in der alten Bundesrepublik fast ausnahmslos auch an Menschen getestet worden, da ist dem BPI nicht zu widersprechen. Allerdings lenkt die Berichterstattung eines Hamburger Nachrichtenmagazines durch unverhüllte Aufdeckung der Machenschaften im SED-Staat just davon ab. Unter dessen werden Menschenversuche in beiden Teilen Deutschlands weiterhin praktiziert. Mit einem Unterschied, vielleicht: Im Osten werden sie teurer werden, immerhin. ho

In den Boykottmaßnahmen haben diese zukünftigen Preisveränderungen wahrscheinlich eine wichtige Rolle gespielt. Wenn durch einen Preisabschlag in den neuen Bundesländern eine der letzten Hochpreis-Bastionen in Europa ohne Gegenwehr ins Wanken gerät, kann ab 1993 das Gesamtpreisniveau noch leichter fallen. Da war es schon unverfänglicher, im Rahmen des vom Bundesverband der pharmazeutischen Industrie vorgeschlagenen Defizitmodells eine Art Anschubfinanzierung für die gesetzliche Krankenversicherung zu leisten. Bis zu 1,25 Mrd. DM im Jahr werden nun als »Spende« für eine Institution angelegt, die ohnehin der wichtigste Finanzier der Pharmaindustrie ist. (Für die Werbung allein beim Arzt gibt die Pharmaindustrie übrigens zwischen 2 und 3 Mrd. DM pro Jahr aus.) Das Geld wird also gewinnbringend investiert. Ein Zugeständnis bei den Preisen hätte hingegen signalisiert, daß die Arzneimittelversorgung bei uns ohnehin immer zu teuer war. Minister Blüm hatte die Kritik der Pharmalobby als »Sabberlei« bezeichnet: »Und wenn ich dabei selbst über die Wupper gehe, jetzt wird endgültig mit dieser Industrie aufgeräumt« – so wurde er noch am 11.9.90 im Informationsdienst A+S aktuell zitiert. Am 4.1.1991 hat der Boykott der Pharmafirmen den Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in die Knie gezwungen. Das Defizitmodell wird ab 1.4.1991 in Kraft treten, der 55%-Abschlag ist gefallen. Die Pharmafirmen »spenden« einen Solidarbeitrag an die Krankenversicherung und dürfen dafür als »gehätschelte Erpresser« (faz) ihre West-Preise behalten. Das erwartete Defizit wird dadurch höher sein als der Solidarbeitrag. Den anderen Teil der zu hohen Arzneimittelausgaben zahlen dann die BürgerInnen, als Abgabe, erhöhte Sozialabgabe oder als Steuer.

Herr Blüm hatte angekündigt, er wolle in diesem Fall »über die Wupper« gehen. Was aber ist von jemandem zu halten, der – wenn schon nicht mit Wundern – noch nicht einmal mit der Pharmaindustrie ernst macht? Aber vielleicht wäre das auch ein viel größeres Wunder als zu Fuß über die Wupper zu laufen!

Dr. Gerd-Glaeske ist Leiter des Pharmakologischen Beratungsdienstes der AOK in Meitern.

PERU

**Weiterhin
Reallohnverlust**

Die ArbeiterInnen der BAYER PERU S.A. in Lima erhielten zum 27. Dezember 1990 eine Lohnerhöhung von etwa 20%. Der Tageslohn beträgt seit dem 4,57 Mio. Inti. Damit wurde nicht einmal die Hälfte der kumulierten Inflation der vorangegangenen drei Monate ausgeglichen. CBG/km

★ ★ ★ Εκστρατεία αλληλεγγύης προς τις χώρες της Λατινικής Αμερικής ξεκίνησε η γερμανική οργάνωση «Συντονισμός ενάντια στους κινδύνους που προκαλεί η Bayer» για την αντιμετώπιση των κοινωνικών και οικολογικών προβλημάτων που προκαλεί στις χώρες αυτές η γερμανική πολυεθνική εταιρεία. Για περισσότερες πληροφορίες για το «Πρόγραμμα αλληλεγγύης προς τις χώρες της Λατινικής Αμερικής»: Coordination Gegen Bayer-Gefahren, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11, Germany.

DEN WELTWEITEN MENSCHEN- UND UMWELTGEFÄHRDUNGEN DES BAYER-KONZERNS SETZT DIE »COORDINATION« WELTWEITE PUBLIZITÄT ENTGEGEN. DIESER ARTIKEL AUS EINER GRIECHISCHEN ZEITUNG BERICHTET ÜBER DIE LATEINAMERIKA-SOLIDARITÄT DER CBG.

LEVERKUSEN

Dampfaustritt

Am 18. Januar konnten die Bewohner des Leverkusener Stadtteils Wiesdorf wieder einmal genau riechen, wer ihr Nachbar ist: Bei BAYER waren aus einem 20.000 Liter-Tank für Styrol, nach einer nicht näher bezeichneten »Reaktion« Dämpfe entwichen, die zu einer Geruchsbelästigung führten.

BRUNSBÜTTEL

Gasaustritt:

Am ersten Weihnachtsfeiertag 1990 versagte im BAYER-Werk Brunsbüttel eine Rohrdichtung. Gegen 1.630 Uhr trat für eine Viertelstunde eine unbelam-

re Menge Gas aus. Nach Firmenangaben handelte es sich dabei um eine »geringe Menge eines organischen Säurechlorids«. Für die Bevölkerung habe zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr bestanden. Trotzdem ließ BAYER durch die Werksfeuerwehr einen Wasservorhang setzen und durch die Polizei den in Windrichtung gelegenen Holstendamm absperren.

LEVERKUSEN

Gasaustritt

In Leverkusen wurden am 3. Januar 1991 die Titan- und die Schießbergstraße gesperrt. Grund war auch hier ein Gasaustritt im BAYER-Werk. Etwa um 5.45 Uhr war eine halbe Stunde lang unkontrolliert Schwefeldioxid ausgeströmt, das sich in einem Flüssiggastank gebildet hatte.

PERSONEN

**Stühlerücken
bei AGFA**

Der bisherige Geschäftsführer der BAYER KOREA Ltd., Hans-Christian Kersten, wird zum 1. April 1991 Vorstandsmitglied der AGFA-GEVAERT AG. Bei der BAYER-Tochter wird er für Finanzen, Controlling, Logistik und Personal zuständig sein. Kerstens Vorgänger Hans-Jürgen Mohr, der dieses Amt seit 1986 innehatte, wird Leiter des Sektors Polymere im BAYER-Konzern. Zu dieser Sparte gehören neben anderen auch AGFA-GEVAERT und die kürzlich erworbene POLYSAR RUBBER DIVISION. Mohr löst seinerseits den in den Ruhestand gehenden Reiner Körns ab.

GESSELLSCHAFT

Politiker bei BAYER

Der Rat des grenzüberschreitenden Interessenverbandes Rhein-Maas-Nord hielt am 07. Dezember 1990 seine 25. offizielle Sitzung im BAYER-Werk Krefeld-Uerdingen ab. Das parlamentarische Gremium der »Grenzregion« beriet in Anwesenheit des Regierungspräsidenten Behrens und des Provinzgouverneurs Mosenbroek

über Strukturverbesserungsmaßnahmen für die Region. BAYER nutzte die Gastgeber-situation bei der Jubiläumssitzung, um den Ratsmitgliedern ein Werbevideo für Kunststoffproduktion vorzuführen.

AKTIV

**Hauptversammlungs-
Ankündigung**

Die »Projektgruppe Hauptversammlung« der Coordination gegen BAYER-Gefahren hat sich erneut konstituiert, um die bekannte Aktion (Gegenanträge im Mai, Hauptversammlung im Juni, Aktionen) vorzubereiten. Die Projektgruppe trifft sich 14-tägig in Köln. Alle InteressentInnen sind willkommen. Weitere Infos und Kontakt: Rüdiger Gotzes, Melatengürtel 30, 5 Köln 41, Tel.: 02 21-5 46 12 99.



DIE INTERNATIONALE NATURSCHUTZORGANISATION WORLD WILDLIFE FUND (WWF) BEGINNT ERST JETZT, LUKRATIVE KAPITALANLAGEN BEI IHRER POLITISCHEN GEGENART Kritisches zu betrachten. Wie der Londoner »GUARDIAN« BERICHTET, HATTE DER WWF MEHR ALS 60 MIO. DM BEI MULTINATIONALEN KONZERNEN ANGELEGT – DARUNTER RÜSTUNGSPRODUZENTEN WIE BOEING, ATOM-FIRMEN WIE SIEMENS UND PESTIZIDHERSTELLER WIE BAYER. EIN ETHIKKOMITEE SOLL JETZT DIE ANLAGEPOLITIK DES WWF REFORMIEREN.

IMPERIUM

**Agro-Kemi jetzt:
100%ige
BAYER-Tochter**

Für 28,2 Millionen DM erwarb BAYER die restlichen 60% der Anteile am dänischen Pestizid-

hersteller AGRO-KEMI A/S. Bislang hatten die Leverkusener bereits über 40% des Unternehmens in Glostrup verfügt, dessen Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr rund 66 Mill. DM erreichte. Durch den Zukauf von der Superfos A/S soll der AGRO-KEMI eine »optimale Entwicklung innerhalb des BAYER-Konzerns« gesichert werden.

UERDINGEN

**Neuer
Alkydalbetrieb**

Im Uerdinger Werk wird BAYER eine neue Fabrik für Alkylharze errichten. Der Neubau wird 150 Mio. DM kosten und soll ab 1994 Lackrohstoffe produzieren. Langfristig wird dabei eine Jahreskapazität von 80.000 t angestrebt. Die neue Anlage ersetzt den im Februar 1989 abgebrannten Alkydalbetrieb des Werkes.

IMPERIUM

**Niederlassung
in Sofia**

Unter dem Namen BAYER BULGARIA hat der Konzern im Januar eine Vertriebsniederlassung in Sofia gegründet. Bislang wickelte BAYER die Geschäfte in Bulgarien über die Firma INTERPRET/LIULIN ab.

PERSONEN

**Lorbeeren
von BAYER 1**

Jährlich verleiht BAYER den besten ihrer Forscher einen Orden. Ende 1990 wurde 26 von ihnen die unsagbare Ehre der »Otto-Bayer-Medaille« zuteil. Die Auszeichnung wird von der Otto-Bayer-Stiftung vergeben, die nicht auf den Firmengründer, sondern auf das 1982 gestorbene ehemalige Vorstandsmitglied Prof. Otto Bayer zurückgeht.

PERSONEN

**Lorbeeren
von BAYER 2**

Am Wissenschaftler außerhalb des Konzerns vergibt die Otto-

**STICHWORT
SCHLAGLICHTER**

Bayer-Stiftung jährlich den 60.000 DM schweren »Otto-Bayer-Preis«. 1990 erhielten ihn Wolfgang Herrmann an der TU München sowie K. Peter und C. Vollhart an der University of California für Erkenntnisse in der Metallorganischen Chemie.

IMPERIUM

**Messepräsenz
in Korea**

In Vorbereitung der »Techno-germa Seoul 91«, einer Industriemesse der deutschen Wirtschaft in Korea vom 27. Februar 1991 an, besuchten acht Journalisten das Leverkusener BAYER-Werk. Sie arbeiten für wichtige Wirtschafts- und Tageszeitungen des fernöstlichen Landes. Das ihnen geborene Besichtigungsprogramm war klassisch: Werk in Leverkusen, Klär- und Verbrennungsanlage in Bürrig sowie Pestizidzentrum in Monheim.

Korea ist ein wichtiges Expansionsland für BAYER in der Region. Auf der Techno-germa zeigte der Konzern seine Geschäftsbereiche.

IMPERIUM

**Weitere
Kooperation mit
Japanern**

Mit der japanischen TODA KOGYO CORP. hat BAYER einen Kooperationsvertrag über die gemeinsame Forschung und Entwicklung bei magnetischen Eisenoxiden geschlossen. TODA KOGYO ist Weltmarktführer bei dieser u.a. zur Herstellung von Videobändern verwendeten Produktgruppe.

KOSMETIKA

Quenty-Mogelei

Eine Auszeichnung besonderer Art erhielt BAYER kürzlich von der STIFTUNG WARENTEST: In

der Ausgabe 2/91 ihrer Zeitschrift »Test« präsentierten die Warentester die Quenty Age Concentrate Aufbaupflege als »Mogelei des Monats«. Eine 50 DM teure Dose der Schönheitscreme von BAYER werde in einer Papschachtel verkauft, in die sie gut dreimal hineinpassen würde.

KOSMETIKA

**Glatte, straffe
Haut?**

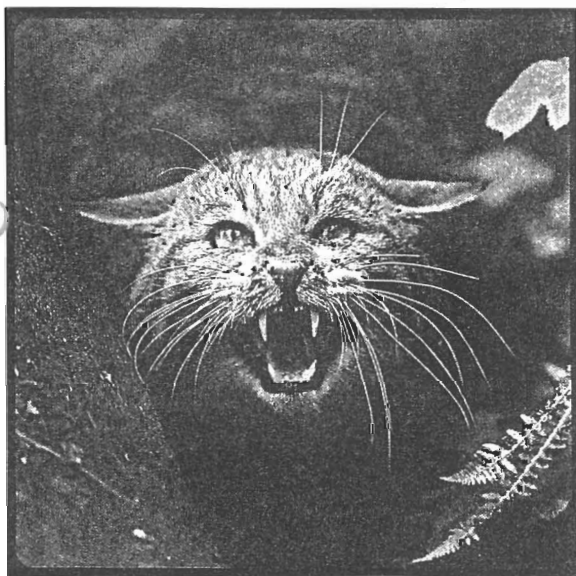
Wahre Wunder soll das neue Mittelchen wirken. Dies mag glauben, wer die von BAYER veröffentlichten Ergebnisse einer Studie, durchgeführten an vielen Probandinnen, liest. AGE-CONCENTRATE, so der Name der Erfindung, erhöhe Feuchtigkeit, Glätte und Elastizität der Haut um zweistellige Prozentzahlen. Das Geheimnis des Mirakelsälbchens liegt schlicht im Vitamin A. Den BAYER-Forschern sei es gelungen,



**DIETER MAASSEN (LINKS),
WERKSLEITER BEI BAYER IN
BRUNSBÜTTEL, WECHSELT
ZUM 1. JULI NACH BELGIEN,
WO ER GESCHÄFTSFÜHRER
DER BAYER ANTWERPEN N.V.
WIRD. MAASSENS NACHFOL-
GE TRITT JOACHIM ZIRNER
(RECHTS) AN, DER BISLANG
FÜR DIE POLYURETHAN-PRO-
DUKTION IM BAYER-WERK
DORMAGEN VERANTWORT-
LICH IST.**

den seit Jahren einschlägig bekannten Verjüngungsstoff mit einem »Vehikel« zu versehen, der ihn in die tiefen Hautschichten transportiert. Über etwaige Nebenwirkungen ist selbstredend nichts berichtet worden. **ho**

ÖKONZEPT : STEUERTIP



Wildkatze (Felis silvestris). Vom Aussterben bedroht. Aus dem ÖKONZEPT: Rote-Liste-Kalender

Bekannt sind wir durch unsere Umweltschutz- und Rote-Liste-Kalender. Ein Programm hochwertiger, ökologisch orientierter Fotowandkalender. Selbstverständlich auch auf Original-Umweltschutzpapier.

Zur Verbreitung des ökologischen Gedankens, Unterstützt von allen großen Umweltschutzverbänden unseres Landes. Gegen die Flut der »Heile-Welt«-Kalender. Erfolgreich entwickelt sich unser ökologisch orientiertes Projekt. Jährliche Zuwächse zwischen 30 und 40 Prozent machen jetzt zusätzliches Kapital erforderlich. Zur Finanzierung steigender Produktion und für verbesserte Vertriebsleistungen. Wir bieten die Möglichkeit finanzieller Beteiligung. Als Stille Gesellschafterin oder Stiller Gesellschafter nehmen Sie an unseren derzeitigen Anfangs- und Aufbauverlusten und an unseren späteren Gewinnen teil. Auf diese Weise lassen sich Steuern sparen. Beteiligungen sind ab DM 1.000,- möglich.

ÖKONZEPT : Natur hat Zukunft

Ja

ich möchte Kapital sinnvoll anlegen. Ich interessiere mich für eine Beteiligung an der ÖKONZEPT : Verlag GmbH. Bitte senden Sie mir die Info-Mappe mit dem Beteiligungsprospekt (Inhalt: Projektbeschreibung, Finanzpläne, Gesellschaftsvertrag, Beteiligungsunterlagen etc.)

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

ÖKONZEPT : Verlag GmbH

Am Hackenbruch 85, Postfach 150432, 4000 Düsseldorf 1, 02 11-21 60 18 / Axel Köhler-Schnura

**Lassen Sie Ihr Geld
für den Umweltschutz
arbeiten !**

ANZEIGE

STICHWORT 1 / 91

13

Glucobay: Nutzlos, gefährlich und störend

Versuche an tausenden von Tieren und Menschen, aufwendige Kongresse, um die kritische Fachwelt doch noch zu überzeugen, unzählige Ungereimtheiten bei der Zulassung. Dies die unrühmliche Vorgesichte in Zeitraffer. Doch bevor GLUCOBAY wegen therapeutischer Nutzlosigkeit und vermutlich schwerwiegender Nebenwirkung vom Markt wieder verschwinden wird, muß es die Entwicklungskosten erst einspielen. – Bericht von Hubert Ostendorf.

Eine einschlägige Fachzeitung wußte es vor Jahren bereits: »Die Begeisterung für diese Art der Therapie wird einerseits durch die offensichtliche Langzeitunwirksamkeit und andererseits durch lästige Störeffekte« nachlassen. »Langzeitunwirksamkeit«, ein vernichtendes Urteil für ein Präparat, das nach Vorankündigung von BAYER-Strategen, die Therapie der Zuckerkrankheit geradezu revolutionieren sollte.

Der Bequemlichkeit der durch Diätvorschriften und Blutzuckerkontrollen gebeutelten über vier Millionen Zuckerkranken in Deutschland sowie die vielfach verbreitete Unkenntnis und Hilflosigkeit vieler Hausärzte eingedenk, vermuteten die Forscher leichtes Spiel. Doch schon rennen ihnen die Betroffenen scharenweise davon, nicht ohne sich in argloser Gutmütigkeit zuvor von den zum Teil schwerwiegenden Nebenwirkungen des ihnen – leichtfertig? – verordneten Präparates überzeugt zu haben. Ihren Leidensgenossen in spe das gleiche Schicksal zu beschern, haben BAYER-Gewaltige die Markteinführung durchgesetzt.

Während die gängigen Diabetes-therapien darauf abzielen, eine Stoffwechsellage von Zucker erst zu ermöglichen, sucht GLUCOBAY just dies zu verhindern. Aber der Reihe nach: Jugendliche DiabetikerInnen müssen das ihnen fehlende Insulin, ein Hor-

mon zur Aufnahme von Kohlehydraten, sich zumeist mehrmals täglich eigenhändig per Spritze verabreichen. Hinzu kommen selbst durchzuführende Blutzuckerkontrollen durch Stixen in Fingerkuppe oder Ohrläppchen und mehr oder weniger disziplinierte Ernährung. Eine nicht gerade angenehme, aber – das beweisen unzählige Betroffene – durchaus praktikable Lösung. Der entscheidende Vorteil einer kontrollierten Insulinbehandlung liegt in der Chance, schwerwiegende Langzeitfolgen der Zuckerkrankheit – Durchblutungsstörungen, Herzinfarkt, Schlaganfall, Nierenversagen und Erblindung – zu vermeiden. Das notwendige Equipment für diese Art Therapie liefert für gutes Geld eine US-amerikanische BAYER-Tochter. GLUCOBAY soll nun, so wünscht es der Hersteller, zusätzlich Geld in die Kassen bringen. Es soll die Insulinbehandlung daher nicht ersetzen, sondern – raffiniert ausgeklügelt – großartig ergän-

zen. PatientInnen schließlich lockt die trügerische Aussicht auf Liberalisierung ihrer oft als belastend empfundenen Diät. Die Diabetes-Fachambulanz der Düsseldorfer Uniklinik rät unterdessen dringend von einer solchen Kombination ab. GLUCOBAY erschwere die Handhabung der bei den Erkrankten stets möglichen gefährlichen Unterzuckerungen.

Anders als beim jugendlichen Diabetes die Therapie des sogenannten Alterszuckers, bei dem zunächst noch eine Restproduktion an Insulin vorhanden ist. Von Fachleuten bekämpft, von niedergelassenen Ärzten heiß geliebt: die Tablette gegen das Wohlstandsübel, die die Bauchspeicheldrüse eine begrenzte Zeit lang anregt, mehr Insulin zu produzieren. Leider – und hier liegt der entscheidende Nachteil gegenüber der Insulinbehandlung – unter forcierter Mobilisierung der Reserven. Die Pille quetscht die Bauchspeicheldrüse ge-

DOKUMENT

BAYER-Gegendarstellung im SPIEGEL

Unmittelbar vor Redaktionsschluß dieser Stichwort-Ausgabe ließ BAYER eine Gegendarstellung zu den SPIEGEL-Angaben über Glucobay veröffentlichen. Da sich Hubert Ostendorf in seinem nebenstehenden Artikel auf diese Angaben bezieht, geben wir auf seinen Wunsch hin im Folgenden die entscheidenden Passagen der Gegendarstellung wieder:

»(...) Bayer hat die Zulassung seines Medikaments »Glucobay« nicht durch formal-rechtliche Einwände, sondern allein durch Vorlage medizinisch-wissenschaftlicher Untersuchun-

gen erreicht. Bayer-Juristen haben an dem Zulassungsverfahren nicht mitgewirkt.

(...) Bayer hat im Einvernehmen mit der FDA 1982 die klinische Prüfung von Acarbose (Wirkstoff von Glucobay) vorübergehend ausgesetzt und 1985 wiederaufgenommen. Das Zulassungsverfahren wird erst seit August 1990 betrieben. (...) Die Behandlungskosten hängen von Dosierung und verwendeter Packungsgröße ab; bei durchschnittlicher Dosierung unter Verwendung der Packung mit 120 Tabletten zu 100 mg Acarbose betragen die Behandlungskosten DM 1,98 pro Tag und Patient.«

wissermaßen aus und zerstört langfristig ihre Insulinproduktion gänzlich. Unter der erbitterten Propaganda der Herstellerfirmen jedoch halten sich die millionenschweren Umsatzträger hartnäckig auf dem internationalen Pharma-Markt.

GLUCOBAY indes setzt gleich zweifach an einer völlig neuen Stelle an. Während es im Organismus die Resorption von Kohlehydraten im Darm zu verhindern und damit dem Stoffwechsel zu entziehen sucht, stößt es am Markt auf klug produzierte Nachfrage. Ist es doch darauf angelegt, jenen Umsatzkuchen aus oralen Antidiabetika, den sich bislang ausschließlich Konkurrenzprodukte geteilt haben, zu erweitern. Denn wie im Falle des Insulins wird GLUCOBAY beim Alterszucker als adjuvantes Präparat empfohlen. Doch auch hier raten die Düsseldorfer Ärzte wieder entschieden ab. Den Ausschlag zur Entwicklung von GLUCOBAY habe eher eine gezielte Absatzanalyse denn der therapeutische Nutzen gegeben, vermuten sie.

GLUCOBAY stellt mithin eine zwar absurde, aber unter aggressivem Marketing vermutlich zunächst durchsetzbare Neuerung gegenüber dem ansonsten uniformen Teilmarkt dar. So dürfte es kaum verwundern, wenn der bereits begonnene Einzug in die Anpraxen sich mit Glanz und Gloria fortsetzen wird. Notfalls ließe sich schließlich noch ein wenig nachhelfen, wie seinerzeit, als eine BAYER-Tochter ihr Präparat BAYOTENSIN unter Zuhilfenahme von Geldprämien für Ärzte etablieren konnte.

„Langfristig“ aber »wird GLUCOBAY wieder verschwinden«, urteilt ein bekannter Diabetes-Experte. »Die Patienten werden die offensichtlichen lästigen Nebenwirkungen nicht hinnehmen. BAYER hat sich verkalkuliert, GLUCOBAY wird ein Flop. Dennoch: Die Investitionen – nach BAYER-Angaben etwa 300 Millionen – wird es wieder einspielen.« Recht hat er. Denn pro Monat werden bereits heute über 1,2 Millionen Mark mit GLUCOBAY umgesetzt. Die den Krankenkassen berechneten Behandlungskosten liegen mit fünf Mark pro Tag und Patient extrem hoch. Insbesondere deshalb, weil es sich, wie dargelegt, um zusätzliche Aufwendungen handelt. Zusätzlich auch die Beträge zur etwaigen

Behandlung aller Nebenwirkungen der Zuckerpille.

Daran immerhin mangelt es GLUCOBAY nicht. Das renommierte Berliner ARZNEI-TELEGRAMM spricht von schwerwiegenden Verdauungsstörungen und Enzymmangelkrankheiten bei gleichzeitig nicht nachgewiesenem therapeutischem Nutzen. Außerdem sind »erhebliche Störwirkungen« wie Durchfall und Flatulenz »von den Patienten in Kauf zu nehmen, und ein langfristiges Gesundheitsrisiko ist nach den vorliegenden Befunden nicht ausgeschlossen«.

Die Zulassung durch das Bundesgesundheitsamt war ursprünglich bereits für 1986 geplant. Ein ganzes Heer namhafter Kritiker wurde seinerzeit eigens zu einem kostspieligen Symposium ins jugoslawische Dubrovnik geladen. Ärzte erhielten satte Geldprämien für an Menschen durchgeführte klinische Tests. Wer gut schmiert, der gut fährt. Doch die Kritik sollte noch immer nicht verebben. Den von BAYER vorgetragenen Jubel-Studien wurden seriöse Untersuchungen entgegengesetzt. Die Fachwelt rebellierte. Fürchtete sie doch, das neue Mittel könne gar Krebs erzeugen. Versuche an Ratten in den USA bestätigten den Verdacht. Schon damals forderte deshalb die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', alle Versuche einzustellen. Die amerikanische Gesundheitsbehörde (FDA) untersagte schließlich jedweden weiteren Test am Menschen, doch BAYER forschte außerhalb der Vereinigten Staaten, in der ehemaligen DDR etwa, ungeniert weiter. So mußten etwa PatientInnen des Bezirkskrankenhauses Chemnitz herhalten, dem Staat harte Valuta zu verschaffen. Im August 1990 reichte BAYER einen bis heute zur Entscheidung ausstehenden Zulassungsantrag für GLUCOBAY bei der zuvor ausnehmend kontaktierten amerikanischen Gesundheitsbehörde ein. Meldungen, denen zufolge GLUCOBAY in der Schweiz bereits erhältlich ist, ließen sich auf Nachfrage nicht bestätigen. Letztendlich ist aber von einer Zulassungswelle in mehreren Ländern auszugehen.

In der Bundesrepublik vermochte im Juni 1990 das Bundesgesundheitsamt (BGA) dem Drängen nicht mehr zu widerstehen. Dies obwohl »mehrere relevante Publikationen mit zum

BAYER
Infos
fast
geschenkt

Seit 13 Jahren beobachten wir die Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen durch den Chemiemulti BAYER.

Jetzt räumen wir unser Lager und geben deshalb einen Teil unserer Materialien zu einem Sonderpreis ab:

X für U, Die Minibraschüre über die Versuche des BAYER-Konzerns, der Öffentlichkeit in der Umweltpolitik ein X für ein U vorzumachen, 64 Seiten, Einzelpreis DM 2,50 zzgl. Porto

und

Stichwort: BAYER, Sonderausgabe "Repression statt Lohn - Einast und Rauschmiss für unliebsame Gewerkschafter bei Bayer in Brasil", Mai 1990, 28 Seiten, Einzelpreis DM 5,- zzgl. Porto

und

Stichwort: BAYER, Doppelausgabe 5/6-1990, Schwerpunktthema Lateinamerika, Dezember 1990, 31 Seiten, Einzelpreis DM 5,- zzgl. Porto

und

"Don't BAYER me!", unser beliebtester wetterfester Ankleber mit dem BAYER-Gefahrenkreuz in Leuchtfarbe auf ganzen 113 Quadratzentimetern, Einzelpreis DM 1,- zzgl. Porto

Jetzt im Paket

zusammen nur

DM 10,- incl. Porto

gegen Vorkasse!

COORDINATION GEGEN
BAYER-GEFahren E.V.
HOFSTR., 27A
5650 SOLINGEN 1.1
0212-334954

Teil kritischen Äußerungen nicht in das Literaturverzeichnis“ der erstellten BAYER-Untersuchungen »aufgenommen und diskutiert« worden sind, wie die Behörde selbst feststellte. Ohne auf die Krebsgefahr einzugehen, rechtfertigt ein BGA-Sprecher den Freibrief so: »Das Produkt ist seinerzeit im Zulassungsverfahren sehr kritisch bewertet worden. Das ist aber schon ein paar Jahre her. Dann hat sich die Firma hingesetzt und die Nachweise der Wirksamkeit erbracht. (...) Wir stehen hinter dieser Zulassung.« Welcherart die neu eingereichten Ergebnisse denn sind, wollte das ARZNEI-TELEGRAMM gerne von BAYER wissen. Die Antwort kam nicht, wie erhofft, aus der Pharmaforschungsabteilung, sondern aus der Rechtsabteilung und fiel entsprechend schroff aus: »Wir sind Ihnen gegenüber nicht beweispflichtig. (...) Ihrer Bitte nach Ablichtung von Studien haben wir nicht entsprochen (...)« Unterdessen will der SPIEGEL erfahren haben, daß nicht die eingereichte Nachbesserung, sondern vielmehr »ausgefuchste Justitiare den Negativbescheid (...) mit formalrechtlichen Einwänden erfolgreich« haben anfechten können. Umso mehr darf die Qualität der nachgereichten Testergebnisse

se infrage gestellt werden. Kaum ein Wissenschaftler, der überhaupt bereit gewesen wäre, den lt. BAYER »entscheidenden Fortschritt« der Diabetesbehandlung zu attestieren. Der verstorbene Berliner Professor Dr. Wolfgang Schwartzkopff schließlich übernahm für ein Salär von knapp 300.000 Mark den Judasdienst an seinen PatientInnen. Immerhin: 30 Probanden brachen die Studie wegen unerwünschter, vorhersehbarer Nebenwirkung ab. Schwartzkopff selbst schreibt endlich erleichtert an seine BAYER-Betreuerin Ingrid Hillebrand, daß er »trotz der zahlreichen Nebenwirkungen bei 73 Probanden die Studie über den vollen Zeitraum« hat durchführen können. Doch insgesamt nur einer von ihnen, so bedauert Frau Hillebrand heute, habe sich »für die Weiterbehandlung« entschieden.

Noch ärger die Praktiken eines Bochumer Prüfdoktors. Er ließ seine Patienten zu nicht deklarierten Testzwecken zur Ader und rechnete gleich zweifach, mit BAYER und der Krankenkasse, ab. »Körperverletzung in Tateinheit mit Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz«, urteilte das angerufene Gericht. Die den Patienten zugefügten Leiden im Zusammenhang

mit der Erprobung von GLUCOBAY wertete es gar als »Mißhandlungen«. Verurteilung des Mediziners – Freispruch für BAYER.

PHARMA

Pflegenotstand dank BAYER-BKK

Auf heftige Kritik stößt die von der BAYER-Betriebskrankenkasse (BKK) beschlossene Beitragssenkung von 10,2 auf 9,9 Prozentpunkte. Anstatt die millionenschweren Überschüsse den knapp 100'000 Mitglidern zurückzuerstatten, sollte die BAYER-Kasse, so ÖTV-Sprecher Udo Voigtländer, lieber annehmbare Pflegesätze akzeptieren. Nur so könnten Krankenschwestern gerecht entlohnt und – besonders wichtig zur Behebung des Pflegenotstandes – zusätzliches Personal eingestellt werden. Die BKK des Chemieriesen gilt als tonangebend bei der Aushandlung der Pflegesätze in den Leverkusener Krankenhäusern.

ho

STICHWORT
SERVICE

BUCHBESPRECHUNG

Pharmawerbung

Bilderbuch einer Drogenideologie

Pharmaka werden vermarktet. Das bedeutet auch, daß sie »schmackhaft« gemacht werden müssen, will das herstellende Unternehmen mit Gewinn abschließen. So wird, genauso wie bei anderen Produkten, etwa Waschmitteln, gearbeitet. Dabei spielt das gesundheitliche Interesse der Verbraucher die kleinste Rolle, zu allererst kommt der Gewinn der Chemischen Industrie, und der steht seit Jahren auf Platz 1 in der BRD. Nun ist gewinnorientierte Absatzpolitik in diesem unserem Wirtschaftssystem nichts Neues oder gar Außergewöhnliches. Allein wenn's um das höchste Gut des Menschen, die Gesundheit, geht, müßte

es da nicht andere Prioritäten geben? Rolf Brüggemann zeigt in seinem jüngst erschienenen »Bilderbuch«, für das er »mehrere Zentner Zeitschriften« auf Pharmaanzeigen vor allem aus der direkten Verbraucherwerbung ausgewertet hat, daß es auch für Medikamente keine Ausnahme gibt. Im Gegenteil verdeutlicht er das Interesse der Pharmazeutischen Industrie, jede und jeden von der

Wiege bis zur Bahre zum Konsumenten zu machen. Dabei entwickelt der Psychologe den Begriff von der Drogenkarriere und der Drogenideologie. Gesundheit gesellschaftlich auf die Funktionsfähigkeit degradiert, bauen die Marketingabteilungen der Pharmaindustrie die Pille als Partner auf, der alle Mißstände – Depressionen, Schmerzen, Lernbehinderung, Altern – zu beseitigen verspricht.

Die ansprechende und umfangreiche Dokumentation verdeutlicht eingängig die Zusammenhänge zwischen Pharmaindustrie, Marketing und Un-Gesundheitsbetrieb. Gute Mittel, für die ein realer Bedarf besteht, haben keine Werbung nötig. Nur Pseudoinnovationen oder Neuentwicklungen mit nachteiligen Nebenwirkungen – so die deutliche Aussage Brüggemanns – bedürfen ausgefeilter Werbekampagnen. Pharmawerbung – und hier teilt sie die Funktion mit der Waschmittelwerbung – erweckt irrige Vorstellungen und falsche Sicherheit – beim Arzt wie beim Patienten.

Helmuth Schaaf

Rolf Brüggemann: »Pharmawerbung – Bilderbuch einer Drogenideologie«, Mabuse Verlag, Frankfurt, 1990, 180 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-925499-37-7

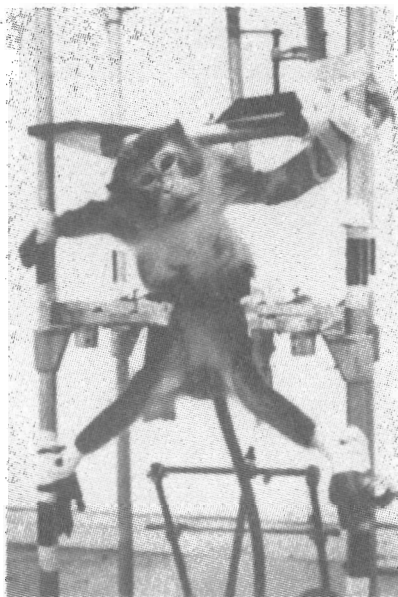


Allmählich verringern, aber niemals abschaffen

»Es geschieht oft, daß ein universaler Glaube, ein Glaube, von dem niemand frei war oder von dem sich niemand ohne eine außerordentliche Anstrengung von Vorstellungskraft oder Mut befreien konnte, in einem späteren Zeitalter so greifbar zur Absurdität wird, daß die einzige Schwierigkeit darin besteht, zu verstehen, wie eine solche Idee jemals glaubwürdig erscheinen konnte.« Diese Worte des Londoner Philosophen John Stuart Mill (1806 – 1873) mögen einer zukünftigen Generation von Menschen möglicherweise einmal dienen, die die Absurdität des Phänomens Tierversuch zu ergünden. Doch noch ist es nicht so weit. Brancheneigenen Angaben zufolge wurden 1989 in der alten Bundesrepublik 1,4 Millionen Tiere »benötigt«. ExpertInnen schätzen aber, daß bei uns pro Tag sogar über 25'000 Tieren auf grauenhafte Weise »verbraucht« werden. Kaum ein neues Präparat, und sei es noch so unsinnig, das nicht zuletzt beim Chemiemulti BAYER seinen Tribut in Form unzähligen Leidens wehrloser, erniedrigter Kreaturen forderte. Unterdessen verlangen TierversuchsgegnerInnen immer vehementer die sofortige Einstellung der grausamen Praktiken.

Eine Streitschrift von Bernhard Rambeck:

»Sektion« bedeutet Schneiden. Für viele Experimente aus dem Bereich der experimentellen Chirurgie, der experimentellen Neurologie oder der experimentellen Biologie trifft dieser Begriff wörtlich zu. In allen anderen Bereichen werden Läsionen, Verletzungen oder physiologische Veränderungen zwar nicht mit dem Messer, aber in genauso zerstörender Weise mit Chemikalien oder Strahlen hervorgerufen. Wir sollten beim Begriff »Vivisektion« bleiben, auch wenn das den Experimentatoren nicht paßt.



Die Motivationen der Vivisektionsgegner lassen sich vor allem in ethischen aber auch in medizin-kritischen Bereichen ansiedeln. Ich fasse die üblicherweise vorgebrachten Überlegungen zusammen:

Ablehnung der Tierversuche aus ethischen Gründen: Auch Tieren steht ein Recht auf naturgemäßes und qualtfreies Leben zu.

Ablehnung der Tierversuche aus methodenkritischen Überlegungen: Krankheiten des Menschen können durch Tierversuche weder in ihren wirklichen Ursachen erforscht noch geheilt werden.

Ablehnung der Tierversuche aus medizinisch-philosophischen Motiven: Tierversuche tragen dazu bei, daß sich die Medizin immer mehr von ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich Krankheiten vorzubeugen und zu heilen, entfernt und sich mit dem Beseitigen von Symptomen zufrieden gibt. Tierexperimentelle Studien können zu keinen Erkenntnissen über die Vorbeugung von Krankheiten, über ihre wirklichen Ursachen und psychosomatischen Zusammenhänge sowie über das Wesen des Heilvorgangs beitragen.

Ablehnung der Tierversuche in wissenschaftskritischer Hinsicht: Prinzipielle Ideen und Ideale wissenschaftlichen Denkens und Handelns werden mit Füßen getreten, wenn das Tier zum Wegwerf-Meßinstrument degradiert und in endlosen Versuchsserien gequält und getötet werden darf.

Neben diesen Beweggründen, den Tierversuch abzulehnen, dürfte ein wesentlicher Faktor einfach im Mitleid liegen. Die Vorstellung, die Qualen, die dem Tier im Experiment widerfahren, selbst erleiden zu müssen, läßt die Tierversuchsgegner auf die Barrikaden gehen.

Wo liegen die Motivationen der Befürworter von Tierversuchen?

Ich kann den Experimentatoren ihr immer wieder vorgebrachtes Argument, sie würden aus Mitleid mit dem kranken Menschen Tierversuche durchführen, einfach nicht abnehmen. Ich vermute, die wichtigste Motivation vieler Tierexperimentatoren, den Tierversuch zu verteidigen, liegt einfach darin, daß das Tierexperiment ihr Handwerk darstellt. Ich kenne tierexperimentell tätige Wissenschaftler, die nicht glücklich mit dieser Methode sind, sich aber aus tiefstehenden Ängsten vor diesem System nicht lösen können.

Und dann gibt es noch die Tierversuchsbefürworter, die in direkten oder indirekten wirtschaftlichen Verflechtungen mit einer Pharmaindustrie stehen, welche ohne Tierversuche nicht leben, geschweige denn überleben zu können glaubt. Für die es nach ihrem Selbstverständnis einer wirtschaftlichen Katastrophe gleichkäme, wenn Tierversuche abgeschafft würden. Wie soll auch die Pharmaindustrie neue Heilmittel finden, wo sie den Kontakt zum Kranken längst verloren hat oder ihn nur mehr über bezahlte Ärzte herstellen kann. Der Aktionär, der hinter dem Pharmaunternehmen steht, hat sein Geld doch aus wirtschaftlichen Gründen und nicht aus Menschenfreundlichkeit investiert und entsprechend interessiert ihn der

Tierversuch nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit.

Die Befürworter von Tierversuchen scheinen eine geschlossene Front zu bilden. Dies erklärt sich vor allem damit, daß sie sich in der Verteidigung befinden und dabei verwischen sich prinzipielle Gegensätze der Interessen. Die Frankfurter »Gesellschaft Gesundheit und Forschung« ist durch Schulteranschluß von tierexperimentell arbeitenden Universitätsprofessoren mit dem Interessenverband der pharmazeutischen Industrie BPI entstanden. Und doch dürfte sich diese Front aufgrund der unterschiedlichen Interessen aufweichen lassen. Die Pharmaindustrie dürfte vor allem aus wirtschaftlichen Interessen, aber auch aus Gründen des allgemein angeschlagenen Images eher bereit sein, die Zahl ihrer Tierversuche zumindest zu reduzieren. Für die universitäre Forschung sieht die Lage komplizierter aus, weil der Tierversuch hier weniger Methode als vielmehr Forschungsinhalt darstellt, abgesehen davon dürfte eine bisher rein tierexperimentell arbeitende Forschungsabteilung einer medizinischen oder veterinärmedizinischen Hochschule schon vom System her enorme Schwierigkeiten haben sich auf eine tierversuchsfreie Methodik umzustellen. Andererseits vermute ich, daß tierexperimentelle Hochschulforschung sensibler auf ethisch-moralische Grundsätze oder sich allmählich wandelnde Einstellungen zum System Mensch und Natur reagiert. Als Indikator sehe ich den zunehmenden Widerstand von Medizin-Studenten gegen Tierversuche, der sich in einem deutlichen Abbau von tierexperimentellen Praktika an vielen Universitäten widerspiegelt. In einigen Fällen erzwangen Studenten mit gerichtlichen Schritten die Möglichkeit, an Tierexperimenten nicht teilnehmen zu müssen.

Die innere Aufweichung der scheinbar geschlossenen Front der Tierversuchsbefürworter in unserem Gesundheitssystem wird ergänzt durch einen enorm wichtigen äußeren Faktor:

Die Mißerfolge der traditionellen Techno-Medizin werden immer deutlicher und zunehmend von Laien, aber auch von Ärzten und Wissenschaftlern hinterfragt. Trotz eines enorm aufgeblähten Forschungsapparates nimmt die Zahl der chronisch

Kranken in den Industrieländern zu. Trotz einer ungeheuren Zahl von tierexperimentellen Forschungsarbeiten liegt die Krebsmortalität unverändert bei 24%, die der Herz-Kreislaufkrankungen bei über 54%; die Zahl der Allergie-Geschädigten hat sich in den letzten Jahrzehnten explosionsartig vermehrt; im Bereich der Zivilisationskrankheiten, die heute etwa 80 bis 90% der Todesfälle ausmachen, ist keinerlei Durchbruch in Sicht. Immer wieder spektakulär angekündigte Erfolge etwa in der AIDS-Forschung oder der Krebs-Forschung bleiben

aus oder werden stillschweigend zurückgenommen.

Da die tierquälerischen Aspekte der Vivisektion immer deutlicher zutage treten und die qualvollen Details des Tierversuchs auch in der Öffentlichkeit zunehmend bekannt werden, nimmt der Druck auf die Politiker bzw. auf den Gesetzgeber zu, Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Gesetzgeber erließ 1987 in der Bundesrepublik ein neues Tierschutzgesetz, das die Öffentlichkeit beruhigen soll, das Wort »Mitschöpf« in den Gesetzestext auf-

DOKUMENT

»... das Herz herausgeschnitten«

Protokolle aus dem BAYER-Versuchsaltag

Das ganze Ausmaß der grausamen Realität läßt sich allenfalls erahnen. Kaum ein Bereich, den eine empörte Öffentlichkeit sensibler auffaßt, als Tierversuche. Wen wundert da, daß die Verantwortlichen sich in Schweigen hüllen. Wissenschaftliche Veröffentlichungen jedoch geben – selten genug – einen winzigen Einblick in die Realität. So auch das Pharmaforschungszentrum des BAYER-Konzerns in Wuppertal mit folgenden Protokollen (Auszüge, redaktionelle Angaben in Klammern):

»(...) Zur Untersuchung der Ausscheidung der Substanz Nimodipin wurde bei vier Ratten eine Gallengang-Fistel (operativ durchgeführte Öffnung nach außen) angelegt und Katheter (Kunststoff-Schläuche) zur Einnahme von Proben eingenaht. Nachdem die Tiere wieder zu Bewußtsein gekommen waren, wurden sie zu einer Kaskade (Verbundsystem) verbunden. Das erste Tier erhielt das radioaktiv markierte Nimodipin. Die Galle von Tier 1 wurde in den Darm von Tier 2 und dessen Galle wieder in Tier 3 geleitet. Dadurch ließ sich feststellen, welcher Prozentsatz der Substanz über welchen Weg ausgeschieden wurde. 48 bis 72 Stunden nach Beginn der Experimente wurden die Tiere durch Ausbluten getötet (...)«

Zur Erforschung des plötzlichen Herztodes wurden fünf Mischlingshunde unter Anästhesie (Betäubung) operiert: Nach Öffnen des Brustkorbs wurde das Herz freigelegt. In die Herzarterien wurden Silberdrähte eingeführt, um mit Strom eine elektrolytische Verletzung an der Innenseite der Arterie hervorzurufen zu können. Kanülen und Katheter wurden zur direkten Verabreichung von Substanzen in Herz und Arterien eingenaht. Drähte und Katheter wurden unter der Haut verlegt, so daß sie erst am Halsrücken des Tieres an die Oberfläche traten. Anschließend wurde eine akute Schädigung des Herzmuskels unter Anästhesie durch 90-minütige Verengung der Herzarterie mit einer Schlinge verursacht. Nach Wiederöffnen der Arterie wurde der Brustkorb des Tieres wieder verschlossen und die Tiere durften sich sechs Tage von der Operation erholen. Die folgenden akuten Erregungsexperimente wurden ohne Narkotika durchgeführt. Über die eingepflanzten Silberdrähte wurde vier Stunden lang Strom (...) angelegt, um eine Schädigung des Herzmuskels bzw. Thrombose (Verstopfung) der Herzkranzgefäße zu erreichen. Ein Teil der Tiere verstarb in dieser Phase. Wenn kein Herzstillstand auftrat, wurde der Strom nach vier Stunden abgeschaltet und die Tiere durch intravenöse Injektion von Pentobarbital getötet, das Herz und bestimmte Arterien zur Untersuchung herausgeschnitten.«

nimmt, sogenannte »Tierschutzkommissionen« einführt und ansonsten alles beim alten läßt. Verschiedene Tierversuche, welche entweder gar nicht in diesem Sinn gemacht werden oder an denen die Industrie kein Interesse hat (z.B. zur Entwicklung von Tabakerzeugnissen), werden verboten, mit Ausnahmebestimmungen, versteht sich. Die Gegner von Tierversuchen werden an Tierschutzkommissionen beteiligt, wobei von vornherein festgelegt ist, daß nur ein Drittel der Kommissionsmitglieder von Tierschutzverbänden vorgeschlagen werden dürfen und sich so zwangsläufig in der Minderheit befinden müssen. Diesen Kommissionen müssen alle Tierexperimente zur Beurteilung vorgelegt werden, streng anonymisiert, wobei die Kommissionsmitglieder zu strengstem Stillschweigen über die Tierversuche verpflichtet sind. Die Arbeit in der Kommission gerät dann völlig zur Farce, weil ihr Votum für den Regierungspräsidenten nur beratend aber nicht verpflichtend gilt und er sich jederzeit über eine negative Beurteilung eines Antrags hinwegsetzen kann.

Die tiereperimentell tätige Hochschul-Wissenschaft reagiert gelassen. Sie gründet Gesellschaften und Vereine, die Tierversuche in der Öffentlichkeit als harmlos und überlebensnotwendig darstellen sollen. So wurden Informationsblätter an Krankenhaus-Patienten, die kurz vor der Entlassung stehen, verabreicht und mitgeteilt, daß Grausamkeiten und Quälereien bei Tierexperimenten eine Erfindung der Tierversuchsgegner darstellten und eine Einschränkung oder gar Abschaffung des Tierversuchs katastrophale Auswirkungen für die deutsche Medizin haben würde. Weiter wird auf Millionen von geschlachteten, gejagten, gefischten oder von Autos überfahrenen Tiere verwiesen.

Wie reagiert die pharmazeutische Industrie? Sie macht sich publikumswirksam auf die Suche nach Alternativmethoden, unterstützt den industrienahe »Fonds für Versuchstierfreie Forschung« (Schweiz) und ähnliche Einrichtungen, wirbt mit dem Slogan »RRR – Reduce, Refine, Replace«, für Reduzierung, Verbesserung und Ersatz von Tierversuchen, veranstaltet mit Tierschützern gemeinsam Symposien, bei denen über Alterna-

tivmethoden gesprochen wird, und stiftet demonstrativ Preise, mit denen Alternativ-Forscher bedacht werden sollen.

Mit dem Begriff »RRR – vermindern, verfeinern, ersetzen« soll ange-

deutet werden, daß der Tierversuch prinzipiell eine sinnvolle Forschungsmethode darstellt, die aber aus Rücksicht auf das Tier nur in einem möglichst begrenzten Rahmen eingesetzt werden darf. Deshalb soll nach dieser

DOKUMENT

Schreckensbilanz der Pharmaindustrie

Tierversuche können nicht abgeschafft werden, so die Meinung der BAYER-Forscher und der gesamten Pharmabranche. Daß Alternativmethoden dennoch gewisse Chancen haben, mag zum einen am Engagement couragierter TierversuchsgegnerInnen liegen. Vor allem aber sind sie »weit billiger«, findet sogar Michael Vogt, Sprecher des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI). Ende des vergangenen Jahres legte er die gesetzlich neuerdings geforderten offiziellen Verbrauchszahlen für 1989 vor. Gleichzeitig wehrte er sich gegen den Verdacht, in den Laboren der Mitgliedsfirmen seines Verbandes verschwänden alljährlich »hunderttausend Hunde und Katzen«. Das sei angesichts der offiziellen Zahlen gar nicht möglich. Doch wer könnte den tatsächlichen »Verbrauch« an Tieren praktisch kontrollieren?

»(...) wie jedes Ding im Leben haben auch Arzneimittel zwei Seiten: Wirkung und Nebenwirkung. (...) Trotzdem – zahlreiche unerwünschte Nebenwirkungen können am Tier erkannt werden. Denn den Erfahrungen der Wissenschaftler verdanken wir heute eine Großzahl von Modellversuchen, deren Ergebnisse ein hohes Maß an Sicherheit über die beim Menschen zu erwartenden Wirkungen vermitteln (...)

In der pharmazeutischen Industrie werden (...) Untersuchungen mit Tieren durchgeführt, bevor weitergehende Prüfungen am Menschen erfolgen. Durch die Anwendung der Ergebnisse von Tierversuchen zur Entwicklung neuer Medikamente und Operationsmethoden wurde und

wird Millionen von Menschen das Leben gerettet (...)

Die Zahl der zu Tierversuchen benötigten Tiere in der pharmazeutischen Industrie sank von knapp 4,2 Millionen im Jahre 1977 auf 1,9 Millionen 1987. Auch 1988 ging die Zahl der Versuchstiere um 10% auf 1,7 Millionen zurück, und 1989 war ein weiterer Rückgang auf 1,4 Millionen zu verzeichnen. Das ist eine Minderung um 66% in gut 10 Jahren. Dabei waren 90% dieser Tiere Mäuse (53 vH), Ratten (33 vH) und Meerschweinchen (4 vH). Das vielzitierte 'Versuchskaninchen' kommt nur auf einen Anteil von kaum 2%.

Wohin die mehreren hunderttausend Hunde und Katzen jährlich spurlos verschwinden sollen, ist unbekannt. In den Forschungslaboratorien der Pharmaindustrie landen sie jedenfalls nicht. Die Gesamtzahl der 1988 benötigten Katzen (2.144) und Hunde (4.283) stammen aus unternehmenseigenen Tierzuchten oder von staatlich kontrollierten Versuchstierzüchtern. Über jedes Tier wird in den Tierställen und Labors peinlich genau Buch geführt.

(...) Der Rückgang der Zahlen macht deutlich, daß die Pharmaindustrie ständig weiter an Alternativen arbeitet – wofür pro Jahr in Entwicklung und Anwendung 250 Millionen DM ausgegeben werden (...). Auch die einzelnen Unternehmen beteiligen sich an der Erforschung von Alternativmethoden, und dabei spielen sicherlich auch wirtschaftliche Gründe eine Rolle. Die Verwendung von 'Alternativmethoden' ist weit billiger als die mit vielen Auflagen verbundene Aufzucht oder der Kauf der Labortiere und deren fachgerechte Betreuung und Haltung (...)

Philosophie die Zahl der Tierversuche allmählich verringert werden, die Belastung für das einzelne Tier möglichst

gering gehalten und Tierexperimente zunehmend durch schmerzfreie Systeme ersetzt werden. Dem Laien,

der sich noch wenig mit dem Problem Vivisektion befaßt hat, erscheint diese Lösung vielleicht einleuchtend, für den engagierten Tierversuchsgegner jedoch ist der RRR-Ansatz nicht nur unbefriedigend, sondern absolut nicht akzeptabel!

Wer die »RRR«-Lösung empfiehlt, empfiehlt unerschwerlich den Tierversuch als eine nützliche, sinnvolle und wissenschaftliche Methode, sonst bräuchte er sie nicht zu vermindern, verfeinern, und ersetzen, sondern würde sie ohne zu zögern bedingungslos abschaffen.

Bernhard Rambeck, Jahrgang 1946, promovierte nach dem Studium der Chemie im Bereich der mikrobiellen Biochemie. Heute ist er Leiter der pharmakologischen Abteilung einer nordrhein-westfälischen Einrichtung für Epilepsie-Erkrankte.



BAYER

Macht !



Kasse

BAYER Macht Kasse

Der alternative Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern

Was im offiziellen Geschäftsbericht des BAYER-Konzerns verschwiegen wird, enthüllt dieses Dokument:

- Globale Verseuchung von Boden, Wasser, Luft
 - Gefährdung von Beschäftigten, Anwohnern und Verbrauchern
 - Unterdrückung von Arbeitnehmern in der dritten Welt
- Die Folgen sind Global.
Die Verantwortlichen sitzen in Leverkusen.

13 Jahre beharrlicher Recherchen der "Coordination gegen BAYER-Gefahren" liegen diesem Bericht über einen der größten Konzerne zugrunde.

BAYER Macht Kasse

Bericht über die Geschäfte des BAYER-Konzerns" erscheint im April 1991, 160 Seiten, viele Abbildungen, kartoniert, c.a. 20,-DM (22,80 DM)

Jetzt bestellen bei:
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.
Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11
Tel. 0212 - 33 49 54

Klagen ohne zu Leiden: Gut steht er da

Eine Analyse des BAYER-Geschäftsberichts für die ersten neun Monate 1990 von Diplom-Betriebswirt Sönke Jahn

Augenscheinlich hat man sich bei BAYER entschlossen, ein moderates Wehklagen anzustimmen, denn das Geschäftsergebnis zum 30. September 1990 liegt deutlich niedriger, als das Ergebnis zum selben Stichtag 1989. Man erwartet nun für das gesamte Jahr 90 ein Ergebnis, das immerhin dem Ergebnis für weiland 1987 entspräche – und 1987 gilt immer noch als eines der »fetten« Jahre. Man wird also sein Auskommen haben.

Allerdings sind die erhobenen Zahlen sehr schwierig zu beurteilen. So ist der Absatz mengenmäßig um 2% gestiegen. In D-Mark hat man aber einen Umsatzrückgang um 4,3%. Der Gewinn vor Steuern ist angeblich sogar um 17% geringer als 1989. Dies gilt für den Konzern. Um daraus jetzt schlau zu werden, müssen wir aber noch weitere Zahlen zu Rate ziehen.

So sind bis 30.9.90 2,5 Mrd. DM in Sachanlagen investiert worden; und BAYER spricht davon, daß alle Produktionskapazitäten ausgelastet sind. Zudem gab es Umsatzzuwachs in Japan um 8% und in den USA um 10%. Umsatzeinbußen in der Bundesrepublik und in Großbritannien standen Zuwächse in Spanien und Frankreich gegenüber. Für Osteuropa wird ein Um-

satzrückgang um ein Drittel gegenüber letztem Jahr bekanntgegeben.

Der Konzern kann über 4 Mrd. DM »flüssige« Mittel verfügen. In den letzten acht Jahren hat man 3 Mrd. DM an Umsatz dazugekauft. Die Eigenkapitalquote (gesehen zur Bilanzsumme) wurde auf 44% gesteigert (vorher 27%). Schulden wurden reduziert von 13,5 auf 5,5 Mrd. DM.

Kurzum: Gut steht er da, der Konzern – auch wenn sich das Ergebnis 1990 nach acht Jahren kontinuierlicher Steigerung der Erträge als Rückgang darstellt. Dennoch will man bei BAYER »gegensteuern«: Preiserhöhungen in fast allen Bereichen um 2 bis 3% durchsetzen und »strenge Kostendisziplin« halten, um die »Ertragskraft« zu steigern. Die Dividende wird um eine Mark gekürzt. Und daß man sich dann auch keinen »engagierten« Umweltschutz mehr leisten will – wem wundert's?

Entlassen will man niemanden. Aber man hofft auf 500 bis 1000 Beschäftigte weniger, die bis Jahresende aus unterschiedlichen Gründen den Konzern verlassen werden.

»Schwacher« Dollar

Warum wird nun 1990 kein »fettes« Jahr? Warum ist die Umsatzrendite um ein Achtel gefallen auf immerhin noch 8,7%? BAYER selbst nennt drei Gründe: Preisverfall, gestiegene

Rohstoffkosten und den »schwachen« Dollar.

Den Umsatzrückgang durch Verfall der Preise berechnet man selbst auf 1%. Die Rohstoffkosten hätten sich in DM berechnet verdoppelt. Für die AG seien dadurch zusätzliche Kosten von 400 bis 500 Mio. DM entstanden. Allerdings dürfte sich dies für den gesamten Konzern plus/minus null darstellen, da durch den »schwachen« Dollar viele Rohstoffe billiger geworden sein müßten. Und dieser Dollarverfall ist der größte Verursacher allen Rückgangs: Durch ihn habe man einen rechnerischen Umsatzrückgang von 1,9 Mrd. DM beschert bekommen (davon 1,3 Mrd. allein aus Nordamerika und Japan).

Das heißt aber auch: Ohne diesen Währungseffekt kann man zum Vergleichszeitraum 1989 ein Umsatz-PLUS von 500 Mio. DM ansetzen!

Von dieser Datenlage aus kann jetzt nicht beurteilt werden, ob es sich bei den Umrechnungsverlusten um tatsächliche Verluste handelt oder nur um ausgebliebenen Extraprofit durch Währungskursschwankungen, der dann absolut nichts mit der »Ertragskraft« von BAYER zu tun hätte.

Auf jeden Fall aber scheint es dem Vorstand zu gefallen, laut zu stöhnen. Wer weiß, wofür es gut ist! Man kann Politikern bestimmte Forderungen wohl besser klarmachen, wenn dem Konzern das Wasser bis zum Hals steht: daß z.B. die Patentlaufzeit für Medikamente im europäischen Raum verlängert werden muß, daß die Unternehmenssteuern gesenkt werden müssen oder daß Umweltschutz jetzt nur schadet.

Den Geschäftsbericht 1990 werden wir sehr genau unter die Lupe nehmen müssen.

derer Seite über konkrete Maßnahmen gesprochen.

Urheber dieser Nachrichten waren das Altlastenbüro Dhünnau mit dem jüngsten Vierteljahresbericht sowie ein Pressesprecher des Regierungspräsidenten. Danach sieht die Planung vor, die Deponie mit einer 3,50 Meter hohen Schicht aus Bauschutt zu bedecken. In diese Schutzhaut sollen drei 20 Zentimeter dicke Tonlagen eingebaut werden, die ein Durchsickern des Regenwassers ver-

Sondermüll in Bürlich einfach zuschütten?

Bereits seit längerer Zeit diskutieren die Aufsichtsbehörden über einen neuen Auflagenbescheid für die BAYER-Sondermülldeponie in Bürlich (STICHWORT berichtete mehrfach).

Obwohl sich BAYER bislang nicht nur in Bezug auf die Kostenübernahme sondern vor allem auch mit Äußerungen über mögliche Maßnahmen zurückgehalten hat, wurde jetzt von an-

hindern sollen. Die im Bebauungsplan festgelegten Deponiegrenzen würden durch die Anhäufung des Bauschutts überschritten.

BAYER will, so der Pressesprecher des Regierungspräsidenten, die Deponie weiterhin nutzen. Allerdings werde dies nur erlaubt werden, wenn alles vorschriftsmäßig abgedichtet sei. Bleibt zu hoffen, daß die Kontrolle für die weiteren Maßnahmen nicht in die Hände des BAYER-Konzerns gelegt wird. **mp**

Dementi zur Sanierung der Dhünnaue

Detlev Stoller, Vorsitzender der Leverkusener sowie der bundesweiten Initiative gegen Altlasten, kämpft seit Jahren gegen die industrielle Vergiftung unseres Lebensraumes. Er ist einer der Betroffenen der BAYER-Altlast in der Leverkusener Dhünnaue (Stichwort berichtete mehrfach). In seiner aktuellen Einwendung zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes fordert er, daß BAYER zu seiner Verantwortung als Verursacher steht. Er konstatiert, daß eine öffentlichkeitswirksam gemachte Sanierungszusagen des Konzerns nun von Seiten der Stadt dementiert und der ursprüngliche Kostenansatz reduziert wird (vgl. Stichwort 5/6 90). Zur Sicherung des Grundwassers sei es dringend geboten, die tatsächlichen Grenzen des verseuchten Gebietes auszumachen. Stoller wehrt sich dagegen, daß nun mit halbherzigen Sanierungsmaßnahmen begonnen werden soll, ohne daß ein fundiertes Gesamtkonzept aufgestellt worden wäre. **ho**

ABFALL

Kompaktdeponie: Unsere Enkel werden es uns danken

BAYER erprobt derzeit ein neues Verfahren, mit dem das Volumen der Abfälle um 30% verringert werden kann: die Kompakt-Deponie. Anor-

ganische, nicht brennbare Abfälle werden zermahlen, nach Korngröße und chemischer Zusammensetzung vermischt und zu 50 X 50 cm großen Platten gepreßt. Anschließend werden die Blöcke meterhoch gestapelt und in Plastik eingewickelt.

Von dem neuen Verfahren verspricht sich BAYER eine deutlich verringerte Ausspülung des Mülls und damit eine Reduzierung der Grundwasserbelastung. Das wichtigste Argument für die neue Technik dürfte neben der Preiswürdigkeit gegenüber technologisch anspruchsvolleren Lösungen (bislang wurden gerade mal 4,5 Millionen Mark investiert) die bessere Ausnutzung des Deponieraums sein.

Die Pilotanlage der Kompakt-Deponie steht – wie könnte es anders sein – in Bürrig. Es wird allerdings selbst bei positivem Verlauf noch Jahre dauern, bevor eine Großanlage fertiggestellt sein wird. Das Entsorgungskonzept der 90er Jahre heißt also nicht 'so wenig wie möglich', sondern 'so viel wie möglich auf kleinstem Raum'.

Es handelt sich also wieder einmal um eine kosmetische Veränderung. Tatsächlich ergibt sich keine neue Situation für die Entsorgung, außer daß wir unseren Kindern und Enkeln den Müll in Platten hinterlassen. Vielleicht können die dann – so mag es den BAYER-Verantwortlichen durch die Köpfe gehen in einer ohnehin völlig zerstörten (Um-)Welt ihre Bürgersteige mit dem Gift pflastern. **mp**

STÖRFÄLLE

Schwarzer Donnerstag in Leverkusen

Der 21. Februar 1991 wird den Beschäftigten des Leverkusener BAYER-Werks als schwarzer Donnerstag im Gedächtnis bleiben. Sechs Laborantinnen des wissenschaftlichen Hauptlabors kamen nur durch einen Zufall mit dem Leben davon: Sie machten gerade Kaffepause, als sich gegen 14.00 Uhr an ihrem Arbeitsplatz eine Explosion ereignete. Die Explosion wurde auch von langjährigen BAYER-Beschäftigten als außerger-

wöhnlich heftig bezeichnet. Die gesamte Laboreinrichtung sei zerstört worden, die Deckenverkleidung sei herabgestürzt und die Wände des Gebäudes hätten Risse bekommen, berichteten sie dem STICHWORT. Die Ursache der Explosion blieb bislang jedoch unklar.

Aus einem anderen Betrieb des Leverkusener Werks entwichen am Nachmittag des gleichen Tages große Mengen nitroser Gase. Die hochgiftigen Substanzen breiteten sich gegen 17.00 Uhr als gut sichtbare, braune Wolke über das Werksgelände aus. Mit einem Wasserschleier schlug die Werksfeuerwehr die Gase nieder, die daraufhin als verdünnte Salpetersäure abregneten.

KUNSTSTOFFE

25 Jahre Polyurethan-Grundstoff aus Uerdingen

Mit dem MDI-Betrieb im Nordblock des BAYER-Werkes Krefeld-Uerdingen feiert die weltgrößte zusammenhängende Isocyanat-Anlage ihr 25jähriges Jubiläum. Methylendiisocyanat (MDI) wird zur Herstellung von Polyurethan-Kunststoffen eingesetzt.

Der Uerdinger MDI-Betrieb hat eine Kapazität von jährlich 115.000 Tonnen MDI, die besonders in den letzten Jahren sehr stark ausgelastet war. Insgesamt produzierte die aus vier Betrieben bestehende Anlage in 25 Jahren 1,8 Millionen Tonnen MDI.

MDI wird bei BAYER außerdem noch in Werken in Brunsbüttel, Antwerpen, Tarragona, den USA, Brasilien und Japan hergestellt. Die Anlage in Belford Roxo, Brasilien, war wegen der von ihr besonders für die dort arbeitenden brasilianischen Kollegen schon Gegenstand kritischer Redebeiträge auf der Aktionärs-Hauptversammlung.

Die unter Verwendung von MDI hergestellten Polyurethan-Kunststoffe können weich oder hart eingestellt sein, woraus sich ein sehr breites Anwendungsspektrum ergibt: Dämm- und Isolierschäume, Schuhsohlen und

besonders Autoteile wie Lenkräder, Stoßstangen und Sitzpolster werden aus diesen Stoffen hergestellt. MDI wird über ein kompliziertes Verfahren u.a. aus Chlor hergestellt.

Das Chlor wird zu Phosgen weiterverarbeitet, MDI selbst ist am Ende des Prozesses nicht chlorhaltig. Die Produktion von MDI ist damit Bestandteil der von den Umweltschutzverbänden besonders kritisch gesehenen Chlorchemie. Ins Gewicht fällt besonders der durch den Chloreinsatz bedingte hohe Energieverbrauch und die Entstehung von chlorhaltigen Abfällen. Diese Abfälle werden in der Sondermüllverbrennungsanlage der BAYER AG verbrannt. Die Handhabung so großer Mengen aggressiver

Chemikalien wie Chlor und Phosgen ist mit erheblichen Störfallrisiken verbunden. Erst im Januar 1991 wurde auf einer Expertentagung des BUND (Bund Umwelt und Naturschutz) darüber diskutiert, daß auch das fertige Polyurethan möglicherweise Isocyanate freisetzt, die Allergien beim Menschen auslösen können. dg

STÖRFÄLLE

Nasse Tücher vor den Mund halten!

Die BAYER-Produktion ist offensichtlich doch nicht so sicher, wie bislang

behauptet. Hierfür jedenfalls spricht die Tatsache, daß der Konzern in Kooperation mit der Stadt an 68.000 Leverkusener Haushalte Infoblätter mit Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Chemieunfalles – bislang laut Firmenterminologie stets ohne akute Gefahr verlaufen – verteilen ließ. »Fenster und Türen schließen« oder in schlimmeren Fällen gar »nasse Tücher vor Mund und Nase halten«, empfehlen Sicherheitsstrategen aus Werk und Behörde. Damit diese wertvollen Tips nicht verlorengehen, gibt es zusätzlich noch Aufkleber für Auto, Telefon und Radio. Attraktive Preise schließlich sollen dafür Sorge tragen, daß niemand die Infoblätter gar wegwirft. Mit einer Losnummer versehen,

Verantwortung für Chemiewaffen: Ohne Wenn und Aber. Die Deutschen Chemiekritiker

Erwiesenermaßen waren zahlreiche bundesdeutsche Firmen am Aufbau von Chemiewaffen - Produktionsanlagen im Nahen Osten beteiligt. Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg wird aber auch eine deutsche Beteiligung an der Lieferung von Chemikalien für die Produktion von Chemiewaffen und der Entwicklung der chemischen Kampfstoffe selbst diskutiert. Hierzu stellen wir fest:

Chemiewaffen bauen auf der Produktion und dem Know How der deutschen chemischen Industrie, insbesondere des BAYER-Konzerns, auf. Von den Kampfgasen des Ersten Weltkriegs bis zum aktuellen VX-Kampfstoff der US-Armee: BAYER-Patente waren Schrittmacher dieser Kriegerstechnologie!

Von Beginn an ...
Die Giftgase, die im Ersten Weltkrieg auf grausamste Weise Opfer forderten, stammten auch aus deutschen Fabriken, insbesondere aus den Laboratorien der BAYER AG. Das deutsche Kartell IG FARBEN und dessen Mitglied BAYER setzten diesen Produktionsbereich im Zweiten Weltkrieg fort.

Lost – auch als Gelbkreuz oder Senfgas bekannt – spielt wie andere aus dieser Zeit stammende Kampfgase heute eine entscheidende Rolle in den Chemiewaffenarsenalen der Dritten Welt und namentlich des Irak.

... und bis in die jüngste Vergangenheit.
Unter der US-Patentnummer 3014943 ließ sich die BAYER AG 1961 u.a. eine Chemikalie

patentieren, die mit VX, einem der modernsten US-Nervenkampfstoffe identisch ist. 1961 und 1969 haben die USA über 6000 Tonnen dieses Massenvernichtungsmittels produziert, das zu den gefährlichsten Giften überhaupt gehört. Es zählt noch heute zum Vernichtungsrepertoire der US-Streitkräfte.

Scheinheiligkeit
Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) reklamiert für sich, an der Produktion von Giftgas nicht beteiligt zu sein. Allen voran bestreitet BAYER - Vorstandsvorsitzender Hermann Josef Strenger – momentan auch Vorsitzender des VCI – eine Verantwortung seines Unternehmens.

In einer Zeitungsanzeige proklamiert der VCI in diesen Tagen unter dem Aufmacher

»Nein zu Chemiewaffen! Ohne Wenn und Aber.« für sich: »Die Beteiligung an der Entwicklung und Produktion von chemischen Waffen ist mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar. In unserem Verband ist kein Platz für Mitglieder, die dagegen verstoßen.«

Die Fakten belegen die Absurdität dieser Proklamation. Die Verantwortung der Väter der chemischen Waffen besteht fort, solange chemische Waffen existieren!

Weitere Informationen bei:
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (COGB),
Hofstr. 27a, 5650 Solingen II,
Tel. 0212/33 49 54

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Solingen/Medico International, Frankfurt
BUKO Kampagne »Stoppt den Rüstungsexport«, Bremen/Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Bonn
Ökumenisches Forum, Oberhausen

nehmen sie 12 mal, ein ganzes Jahr lang, an einem Gewinnspiel teil. Beim nächsten Störfall also mit nassem Lappen vorm Gesicht zu BAYER rennen und den Gewinn abholen! **ho**

IMPERIUM

HÜLS und STOCKHAUSEN wechseln zwischen BAYER und VEBA

Die BUNA-WERKE HÜLS in Marl – bisher jeweils zur Hälfte im Besitz der BAYER AG und der VEBA-Tochter HÜLS – werden aufgeteilt. Geplant ist eine Realteilung, bei der BAYER die Anla-

gen in Dormagen sowie die französische Tochtergesellschaft BUNA FRANCE in Lillebonne erhält, während das Werk in Marl an HÜLS geht.

Ab 1. Juli 91 wird auch die Chemische Fabrik STOCKHAUSEN in Krefeld zum VEBA-Konzern gehören. Bislang war BAYER zu einem Drittel an dem ansonsten in Familienbesitz befindlichen Unternehmen beteiligt. Ein Kaufpreis von über 500 Mio. DM war den Leverkusenern nach Informationen der Westdeutschen Zeitung jedoch zu hoch.

Neben finanziellen Aspekten dürften für die Besitzwechsel aber auch Belange der Konzernstrategien ausschlaggebend gewesen sein. So erweitert BAYER mit der Integration der BUNA-WERKE ihre erst jüngst durch den Kauf der kanadischen POLYSAR (vgl. Stichwort 4/90, S.17) expandierte Kautschuk-Produktion. Der Mischkonzern VEBA stärkt mit STOCKHAUSEN seinen Chemiebereich, den er zu-

letzt im Januar 1990 um die Darmstädter RÖHM GmbH erweiterte hatte. **ef/hm**

GESELLSCHAFT

Medienschelte

»WDR – Da hilft nur noch abschalten!«, rügte BAYER vor noch nicht allzulanger Zeit die kritische Konzern-Berichterstattung des Senders. Eine »Beschneidung« des »wirtschaftlich-unternehmerischen Aktionsradius« sowie eine Stärkung des Privatfunkes wollte auch die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen – einer davon der BAYER-Chefjustitiar Jürgen Schwerricke, mit ihrem Gang nach Karlsruhe erreichen. Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes jedoch hielten die 30%ige Beteiligung des staatlichen Senders an dem privaten Radio NRW sowie die meisten der anderen inkriminierten Punkte für mit der Landesverfassung vereinbar. Die CDU im Düsseldorf Landtag bedauerte den obersten Richterspruch. BAYER wird dies vermutlich auch tun. **ho**

EX-DDR

BAYER-Manager bei der Treuhand

Sieben BAYER-Manager zogen aus, um ihren Brüdern und Schwestern im Osten die Kunst der westdeutschen Unternehmensführung zu lehren. Die West-Manager nehmen ihren Platz in den Außenstellen der Berliner Treuhand-Gesellschaft ein, agieren jedoch unabhängig von der Treuhand. Um die Privatisierung und Umstrukturierung der rund 8000 ehemaligen Kombinate und VEB voranzutreiben, haben sie sich zum Ziel gesetzt, möglichst schnell die zentralen Schaltstellen in der Wirtschaft mit ausgewählten MitarbeiterInnen zu besetzen.

Ganz so uneigennützig, wie sie ihre Initiative darstellen, sind die West-Manager jedoch nicht. Immerhin sollen nun auch sechs Produktionsanlagen aus der Konkursmasse DDR in den BAYER-Konzern eingegliedert werden. Drei bis neun Monate haben die Personalchefs Zeit, um die Grundsteine für die West-Strukturen zu legen.



JA Ich/wir möchte/n das **STICHWORT** abonnieren. Und zwar (bitte ankreuzen) als:
 ermäßigtes Einzelabonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **48,00 DM** im Jahr.
 ermäßigtes Doppelabonnement (2 Exemplare pro Ausgabe) für **70,00 DM** im Jahr.
 ermäßigtes Gruppenabonnement (5 Exemplare pro Ausgabe) für **130,00 DM** im Jahr.
 Doppelabonnement für Journalisten, Institutionen u.a. (2 Exemplare pro Ausgabe) für **170,00 DM** im Jahr.
 Förderabonnement (Selbsteinstufung, mindestens **100,00 DM**) für _____ **DM** im Jahr.

Ich weiß, daß ich das Abonnement von **STICHWORT** innerhalb von 7 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Dazu genügt eine Post-

NAME, VORNAME _____
 PLZ, ORT _____
 STRASSE _____
 LAND, TELEFONNUMMER _____

Karte an **CBG**, Hofstr. **27a, 5650 Solingen 11**. Dies bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

NEIN Ich/wir abonniere/n das **STICHWORT** nicht, weil ich/wir aktives **Mitglied** der **Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG)** werden möchte/n und der Bezug von **STICHWORT** im Mitgliedsbeitrag enthalten ist.
 Einzelmitgliedschaft **120,00 DM** im Jahr.
 Gruppenmitgliedschaft
 bis 100 Mitglieder **180,00 DM** im Jahr.
 über 100 Mitglieder **300,00 DM** im Jahr.
 Partnermitgliedschaft **140,00 DM** im Jahr.
 ermäßigte Einzelmitgliedschaft (auf Antrag) **60,00 DM** im Jahr.
 Fördermitgliedschaft (Selbsteinstufung, mindestens **150,00 DM**) _____ **DM** im Jahr.

COUPON bitte einsenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., Hofstraße 27a, 5650 Solingen 11